

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Eric Nitzinghaus, Berlin.
Telefon: Amt Dönhoff 4196/4198



Adressat für Verlag und Schriftleitung:
Berlin O 2 61, Delle-Allee-Diak 8
Telefon: Capotoni

Die Bestellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung möglich. Abdruck ist verboten 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders bestimmt ist. Genehmigung für beide Fälle in Berlin.

Berlin, den 11. Juni 1931

Das Buch
Soz. Geschichte
Amsterdam

Der falsche Weg.

ungerechte, unzweckmässige und verbitternde Eingriffe.

SPD. Die ungeheure Erregung, die die neue Notverordnung bei den werktätigen Schichten hervorgerufen hat, ist nur zu berechtigt. Die Notverordnung ist kein gewöhnliches Gesetzgebungswerk. Sie ist erlassen worden in einer Situation die politisch, wirtschaftlich und finanziell schwerer ist als je zuvor. Trotz aller bisherigen Sanierungsversuche ist unter den Wirkungen der Wirtschaftskrise in den öffentlichen Haushalten und bei der Arbeitslosenversicherung ein neuer Fehlbetrag von rund 2,4 Milliarden Mark entstanden. Einschneidende Massnahmen zu seiner Deckung sind unvermeidlich. Infolgedessen hat auch die neue Notverordnung Bestimmungen bringen müssen, die die Lebenshaltung der unteren Volksschichten nicht unberührt lassen. Diese Tatsache haben alle vernünftigen Menschen eingesehen. Man kann damit rechnen, dass die Schichten, die noch Arbeit und Brot haben, durchaus bereit sind, für jene mit zu sorgen, denen beides fehlt. Würde die Notverordnung sich in diesem Rahmen gehalten haben, so hätte sie zwar auch Widerstand und Erregung ausgelöst, Empfindungen, die doch aber schliesslich durch die Einsicht und die Erkenntnis überwunden worden wären, dass die Rettung des Ganzen allem anderen vorangeht. Was die neue Notverordnung aber unerträglich macht, das ist ihre ungeheuerliche Einseitigkeit, das ist die Empfindung, dass sie nicht nur notwendige und unvermeidliche Sanierungsmassnahmen enthält, sondern dass sie die lang gehegte Absicht verwirklichen soll, alles, was dem Schutze der Lebenshaltung der unteren Volksschichten dient, abzubauen oder mindestens ganz erheblich einzuschränken. So enthält die Notverordnung eine Fülle von Eingriffen, die nicht gerecht sind, Eingriffe, die nicht zweckmässig sind, ja solcher Eingriffe, die überhaupt nutzlos sind, aber ungeheuer verbitternd wirken.

In der amtlichen Begründung zur Notverordnung steht der schöne Satz:

"Der Gedanke der Volksgemeinschaft zwingt zu der Schlussfolgerung, dass alle Volksgenossen zur Abmilderung der Katastrophe, die in Gestalt der Arbeitslosigkeit über das Land hereingebrochen ist, nach Massgabe ihrer Leistungsfähigkeit beitragen müssen. Dieser Gedanke entspricht auch dem Volksempfinden".

Sehr richtig! Dieser Gedanke entspricht durchaus dem Volksempfinden, aber die Notverordnung entspricht diesem Gedanken nicht. Ist es gerecht, dass den schwächsten Schichten die schwersten Lasten auferlegt werden, während die leistungsfähigsten Kreise am meisten geschont werden? Ist es gerecht, dass Arbeiter, Angestellte und Beamte, Arbeitslose, Wohlfahrtsempfänger und Kriegsschädigte in ihren Bezügen schwerste Kürzungen erfahren, während bei Industrie, Hausbesitz und Landwirtschaft sogar Steuerermässigungen eintreten? Ist es gerecht wenn die Renten der Arbeitslosen um 7 bis 14 Prozent gekürzt werden, den Hausbesitzern aber eine Erhöhung ihrer Einnahmen aus der Miete zuerkannt wird? Wo bleibt z.B. der Grundsatz der Leistungsfähigkeit, wenn ein Arbeiter schon bei 2.000 Mark Jahreseinkommen 20 Mark Krisensteuer bezahlen muss, ein Landwirt dagegen erst bei 8.000 Mark? Entspricht es dem Volksempfinden, wenn 4 Millionen

Arbeitslosen die Lohnsteuer-Erstattungen geraubt werden, auf die sie einen gesetzlichen Anspruch hatten, während gleichzeitig den hohen Einkommen eine Steuerermässigung für ihre Ersparnisse gewährt wird? Ist es sozial gerecht, wenn die Unterstützung der Tabakarbeiter, die durch die Tabaksteuererhöhung arbeitslos geworden sind, aufgehoben wird, die Entschädigung an die Tabakfabrikanten aber bestehen bleibt?

Alles das ist nicht gerecht, sondern in höchstem Masse ungerecht. Aber damit nicht genug. Die Notverordnung enthält auch eine ganze Reihe von Vorschriften, die unter den heutigen Verhältnissen eine Vergeudung öffentlicher Mittel darstellen, weil sie unzweckmässig sind. Das gilt vor allem von den Subventionen. Während die Gemeinden nicht wissen, woher sie das Geld für die Unterstützung der Wohlfahrtserwerbslosen nehmen sollen, werden 140 Millionen aus der Krisensteuer für sogenannte Arbeitsbeschaffung verwendet. Wie aber sieht diese Arbeitsbeschaffung in Wirklichkeit aus? Die Reichsbahn soll mit Hilfe dieser Mittel in verstärktem Umfange Gleiserneuerungen und Umbauten vornehmen, bei denen angeblich 120.000 Arbeiter ein halbes Jahr lang Beschäftigung finden sollen. Aber die Schwerindustrie wird die vermehrten Lieferungen an die Reichsbahn, die dadurch möglich werden, nicht dazu benutzen, neue Arbeiter einzustellen, sondern wird erst einmal ihre Läger räumen.

Ebenso steht es mit der Subvention an den Steinkohlenbergbau. Ihm sollen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abgenommen werden, damit die Kohlenpreise gesenkt werden können. Praktisch wird aber die deutsche Wirtschaft kaum etwas davon haben, sondern die Steinkohlenbarone werden auf diese Weise ihren verschärften Konkurrenzkampf gegen England finanzieren. Dazu kommt der freiwillige Arbeitsdienst. Hier besteht die grosse Gefahr, dass bedeutende Mittel aufgewendet werden, um den Wehrverbänden amtlich geförderte Aufgaben zu übertragen und so Arbeiten durchführen zu lassen, die sich volkswirtschaftlich als Kapitalfehlleitungen grössten Stils erweisen.

Schliesslich bringt die Notverordnung noch eine ganze Reihe von Vorschriften, die überhaupt nutzlos erscheinen, aber, weil sie im höchsten Grade unsozial sind, besonders verbitternd wirken. So wird bei der Krisenfürsorge die Erstattungspflicht eingeführt und damit die Unterstützung der Erwerbslosen in bedenklicher Weise dem Zustand der alten Armenpflege angenähert. Ferner wird der Annahmewang für nachgewiesene Arbeit verschärft, als ob es nur darauf ankäme, Millionen von Arbeitslosen von der Strasse weg wieder in die Arbeitsstätten zu bringen.

So ungerecht, so unzweckmässig und so nutzlos und verbitternd sind viele Vorschriften der Notverordnung und gerade dadurch werden die schweren Opfer, die zur Aufrechterhaltung der sozialen Leistungen und zur Sanierung der öffentlichen Finanzen gebracht werden müssen, so unerträglich. Der Staatssekretär Pünder, einer der nächsten Mitarbeiter des Reichskanzlers, hat in einem Artikel in der Berliner "Germania" über die Notverordnung ausgeführt:

"Dieses Opferprogramm wäre überhaupt nicht zu tragen, wenn nicht vollste Gewähr dafür geboten wäre, dass nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit der notwendige Ausgleich zwischen allen Ständen, Berufen und Klassen gesucht und gefunden wäre".

In Wahrheit ist dieser Ausgleich nicht gefunden, ja nicht einmal gesucht worden. Auf dem Wege der jüngsten Notverordnung kann die Ueberwindung der Schwierigkeiten nicht gelingen. Nur Erbitterung und Widerstände können erzeugt werden. Aber auch die Regierung sollte sich klar sein darüber: Das Werk der Sanierung ist nur durchzuführen, wenn die Massnahmen, die ergriffen werden, gerecht, zweckmässig und erfolversprechend sind.

SPD. Die KPD betreibt zurzeit wieder einmal ein verbrecherisches Spiel. Wie im Mai 1929 in Berlin, so dirigiert sie heute ihre Anhänger im Reich gegen die Flinten der Polizei. Kein Zweifel, dass die jüngsten Zusammenrottungen und Zusammenstöße jugendlicher Kommunisten mit der Polizei von zentraler Stelle organisiert sind. Das Ziel ist, die Polizei zu "zermürben", das Volk tagtäglich in neue Aufregung zu versetzen und so eine Siedehitze zu schaffen, die eines Tages zur Explosion führen muss. Dass die Arbeiter bei diesem verbrecherischen Treiben schliesslich die Dummen sind, interessiert die Verbrecher von Moskau Gnaden nicht.

Vor uns liegt ein kommunistisches Rundschreiben, aus dem Ziele und Absichten der KPD klar und einwandfrei hervorgehen. Danach ist es Aufgabe der kommunistischen Organisationen, die Polizei dauernd in Atem zu halten. Aus diesem Grunde haben die Organisationen den Befehl erhalten, an den verschiedensten Orten immer wieder Demonstrationen zu veranstalten und anzumelden, um die Polizei zur Verteilung ihrer Kraft zu zwingen. Insgesamt unterscheidet das Rundschreiben fünf Arten von Demonstrationen. Einmal angemeldete oder legale Demonstrationen, dann solche, die auch angemeldet sind, aber in der Absicht veranstaltet werden, mit der Polizei "leichte Zusammenstöße" herbeizuführen. Die dritte Kategorie von Demonstrationen soll wie die vierte ebenfalls angemeldet werden. Sie unterscheiden sich dadurch, dass die dritte Kategorie von besonders bewaffneten Trupps unauffällig begleitet wird, die von aussen her eingreifen, während bei der vierten Kategorie bewaffnete Leute in den Demonstrationzügen marschieren sollen. Schliesslich werden als fünfte Kategorie rein "bewaffnete Demonstrationen" empfohlen. In diesem Zusammenhang heisst es in dem Rundschreiben weiter, dass die Kategorien 1 und 2 für den heutigen Kampf nicht mehr in Frage kämen, sondern gegenwärtig die Kategorien 3 und 4 als Vorstufe für die bewaffneten Demonstrationen dauernd anzuwenden sind. Der Widerstand dürfe in den nächsten Wochen nicht nachlassen. Er müsse gesteigert werden und sich nach den polizeilichen Abwehrmitteln wandeln. Für die Anwendung der 5. Kategorie sei die Zeit noch nicht gekommen, aber es sei fünf Minuten vor zwölf!

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, dass die kommunistischen Aktionen der letzten Tage organisiert waren, so ist es dieses Rundschreiben der KPD. Zwar glauben wir nicht, dass es der KPD gelingen wird, auch nur einen Teil ihrer Anhänger mit Waffen auszurüsten, aber dass sie die Absicht hat und Waffen auch bereits an den Mann gebracht hat, ist nicht zu bezweifeln. Dieser Tage erst wurde in Essen wieder ein Kommunist verhaftet, der sich unberechtigt im Besitz einer Waffe befand. Er gab bei seinem Verhör an, dass er die Waffe von einem Funktionär erhalten habe, dessen Namen er jedoch nicht nennen könne und dürfe. Es ist ferner erwiesen, dass sich für den Waffenschmuggel, der lange Zeit an der deutsch-belgischen Grenze betrieben wurde, vor allem Kommunisten interessiert haben. Inwieweit es ihnen gelungen ist, Waffenlager anzulegen, konnte bisher nicht festgestellt werden. Jedoch sind Mutmassungen in dieser Richtung, insbesondere was den Westen anbetrifft, nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Die heutige Führung der KPD ist in ihrer Dummheit und ihrem Drang gegenüber Moskau, tagtäglich neue Beweise für ihr Aktionsbedürfnis zu erbringen, zu allem fähig. Aber die Polizei ist auf der Hut und dank ihrer Organisation und Ausrüstung in der Lage, jede bewaffnete Aktion bereits im Keime zu ersticken.

Vorläufig versucht die KPD in Ermangelung ausreichender Waffen, ihre Zermürbungsschlachten gegen die Polizei in der Dunkelheit zu schlagen, und zwar überall nach der gleichen Methode. Ob im Westen, im Norden oder im Süden, überall warteten die organisierten Haufen bisher zu ihren Attacken den Einbruch der Nacht ab. Setzte die Polizei ein, dann hagelte es aus dem hinterhalt Blumantöpfe, Steine und Kohlen, während sich der organisierte Mob auf der Strasse vorübergehend zerstreute. Wenige Minuten später tauchte er im Rücken der Polizei wieder auf. Der Krawall ging von neuem los. So begann es im Industriegebiet, so war es in Kassel, in Frankfurt, in Mannheim, ja überall, wo es in den letzten Tagen zu Zusammenstössen zwischen Kommunisten und der Polizei kam. Art und Ausführung der Provokationen bestätigen, dass die bisherige Kampfweise kommunistischer Demonstranten gegen die Polizei organisiert und von den Drahtziehern im Sinne ihres oben auszugsweise wiedergegebenen Rundschreibens als Vorstufe für weitere ver-

brecherischen Aktionen gedacht ist. Aber wie immer, halten sich die Drahtzieher auch diesmal im Hintergrunde. Haben sie ihr Ziel erreicht, dann schreien sie nach dem Henker gegen die Polizei, die nichts anderes getan hat als sich ihrer Haut zu wehren, dann rufen sie zu Protestkundgebungen gegen Vorgänge auf, die sie selbst provoziert haben. Das verbrecherische Spiel beginnt von neuem. Wieder werden die Massen vor die Flinten der Polizei getrieben. Ist es soweit, dann kann das Verbrechen wie ein ewiger Kreislauf von neuem vor sich gehen.

Und warum das alles? Angeblich, um die Not der Arbeiterschaft zu lindern. Als ob auch nur einem Menschen wirklich geholfen würde, wenn die Polizei provoziert und attackiert wird, wenn Fensterscheiben eingeworfen und Barrikaden gebaut werden. Nein, das Treiben der KPD gilt nicht der Linderung, sondern der Steigerung der Not der Erwerbslosen. Was sie treibt, ist ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterschaft, dem mit allen staatlichen Mitteln entgegengewirkt werden muss und entgegengewirkt werden wird!

SPD. Braunschweig, 11. Juni (Eig. Drahtb.)

Ein grosser Krach ist unter den Braunschweiger Nazis entstanden. Ihre Oberbozen beschuldigen sich gegenseitig, belastende Akten und Dokumente gestohlen zu haben, die dieser Tage in dem sozialdemokratischen "Volksfreund" veröffentlicht wurden. Wie verlautet, hat die braunschweigische Polizei bei prominenten Naziführern Hausdurchsuchungen veranlasst.

SPD. Je mehr man sich mit der Notverordnung beschäftigt, umso mehr stellt sich heraus, dass ihr Inhalt noch unsozialer, noch massenfeindlicher und noch besitzfreundlicher ist, als ohnehin auf den ersten Blick zu erkennen war. In dem Gewande harmloser technischer Umstellungen verbergen sich grundsätzliche Verschlechterungen von weittragender Bedeutung. Es scheint, dass ein grosser Teil dieser sozial-reaktionären Vorschriften nicht das Werk der Regierung, sondern das Werk der Bürokratie ist. Die Ministerialbürokratie hat mit beiden Händen die Gelegenheit ergriffen, um endlich ihrem gepressten Herzen Luft zu machen und alles, was sie an reaktionären und arbeiterfeindlichen Wünschen auf dem Lager hatte, in die neue Verordnung hineinzuflicken.

Ein Musterbeispiel dafür, mit welcher Raffinesse und Unehrllichkeit die Bürokratie bei der Ausarbeitung der Notverordnung vorgegangen ist, ist die Regelung der Gehaltskürzung. Die Regierung hatte zugesagt, dass diesmal die Gehaltskürzung nicht in der unsozialen Form eines gleichmässig prozentualen Abzuges, sondern in der Form einer sozialen Staffelung erfolgen solle. Wenn man einen Blick in die Notverordnung wirft, scheint es auch, als ob dieses Versprechen gehalten worden ist. Sieht man sich aber den Abschnitt über die Gehaltskürzung näher an, dann stellt man mit Entsetzen fest, dass der soziale Fortschritt der Staffelung zum guten Teil wieder aufgehoben wird durch zwei Massnahmen, die die neue Gehaltskürzung viel unsozialer machen als die erste: 1. die Beseitigung jeder Freigrenze und 2. die Herabsetzung der Kinderzulage für das erste Kind von 20 auf 10 Mark monatlich.

Diese beiden Verschlechterungen wirken an sich schon überaus unsozial. Die niedrigsten Besoldungsgruppen bis zu 1500 Mark Jahreseinkommen waren bisher von der Gehaltskürzung überhaupt ausgenommen; diesmal werden auch diese Gehälter um 4 Prozent gekürzt. Die Halbierung der Kinderzulage für das erste Kind wirkt deshalb besonders unsozial, weil die Kinderzulage für alle Beamten gleich hoch ist. Jetzt wird bekannt, dass der Bürokratie diese sozialen Verschlechterungen noch nicht genügen, sondern dass man drauf und dran ist, die in der Notverordnung enthaltene Staffelung selbst zu verfälschen.

Im Reichsfinanzministerium sind Durchführungsbestimmungen zur Gehaltskürzung ausgearbeitet worden, nach denen der Staffelabzug nicht so vorgenommen werden soll, wie man bisher angenommen hatte, sondern in einer Form, die die hohen Ein-

kommen wesentlich begünstigt. Nach dem Text der Notverordnung sollen die Gehälter bis zu 3000 Mark mit 4 Prozent, die zwischen 3000 und 6000 Mark mit 5 Prozent gekürzt werden, die zwischen 6000 und 12 000 Mark um 6 Prozent usw. Nach dem Entwurf der Durchführungsbestimmungen soll aber die Kürzung bei einem Einkommen von 12 000 Mark z.B. folgendermassen vorgenommen werden: Von den ersten 3000 Mark werden 4 Prozent abgezogen, von den nächsten 3000 Mark 5 Prozent und von den letzten 6000 Mark 6 Prozent. Während nach dem Wortlaut der Notverordnung die Kürzung 720 Mark betragen sollte, wird sie auf diese Weise auf 630 Mark ermässigt.

Wie unsozial die ganze Besoldungskürzung trotz der Staffelung aussehen würde, wenn dieser Plan verwirklicht wird, zeigen folgende Beispiele: Ein verheirateter Beamter mit 2 Kindern und 170 Mark Monateinkommen erfährt einen Abzug von 16,80 Mark oder fast 10 Prozent. Bei einem verheirateten Beamten mit 2 Kindern und 240 Mark Monateinkommen beträgt der Abzug 18 Mark oder 7,5 Prozent. Bei einem Einkommen von 540 Mark monatlich dagegen sinkt der Abzug auf 6 Prozent und auch bei 740 Mark tritt nur dieselbe prozentuale Kürzung ein.

Wir können uns nicht denken, dass dieser ungeheuerliche Plan durchgeführt werden wird. Noch hat die Regierung Zeit, wenigstens in diesem Punkte der hohen Bürokratie das Handwerk zu legen. Greift Herr Brüning hier nicht ein, so gibt er damit offen zu erkennen, dass er diese Verschlechterungen gewollt hat und der unsoziale Charakter der Besoldungskürzung seinen Absichten entspricht.

SPD. Brüssel, 11. Juni (Eig.Drahtb.)

Die Regierung Renkin stellte sich am Donnerstag der Kammer vor. Renkin verlas die Regierungserklärung zunächst in französischer und dann in vlämischer Sprache.

Inhaltlich ist die Regierungserklärung so farblos und leer wie selten ein ähnliches Dokument. Auf keinem Gebiete werden irgendwelche greifbaren Massnahmen angekündigt. Gewiss ist nur, dass schwere finanzielle und steuerliche Opfer gefordert werden. Inbezug auf die internationale Politik ist die Regierungserklärung noch armseliger. Man sucht vergebens nach einer Erkenntnis, dass ganz Europa von einer schweren politischen und wirtschaftlichen Krise geschüttelt wird. Die auswärtige Politik der früheren Regierung, so heisst es, wird fortgesetzt werden, aber es wird kein Wort gesagt von der kommenden Abrüstungskonferenz. Dagegen werden neue Ausgaben für die belgische Grenzverteidigung angekündigt, jedoch ohne jeden ausdrücklichen Hinweis auf die Streitfrage der Befestigung. Die Sozialversicherung wird auf bessere Zeiten vertagt. Nur in der Frage der internationalen Handelspolitik werden einige vernünftige, aber kaum mehr als platonische Wünsche geäussert.

Die Regierung wird bei den Sozialisten auf schärfste Opposition stossen.

SPD. Die Zentrumspresse versucht neuerdings den Nachweis zu erbringen, dass die sozialpolitischen Bestimmungen der Notverordnung keine Verschlechterung des Sozialstatus bedeuten, sondern nur eine "Umlagerung am Sozialetat". Die Angaben, mit denen diese Behauptung begründet wird, enthalten kaum eine richtige Ziffer. Stellen wir die Angaben der Zentrumspresse zu den tatsächlichen Ziffern in Vergleich, so ergibt sich hinsichtlich der Erhöhung der Ausgaben für soziale Zwecke durch die neue Notverordnung folgendes Bild:

Ausgabeerhöhungen in Millionen RM		(Zentrumspresse)
1. Krisenfürsorge	245	385
2. Gemeindliche Wohlfahrtspflege	300	300
3. Zuschuss zur Knappschaft	59	70
4. Arbeitsbeschaffung	140	200
5. Exportgarantiefonds	---	300
6. Ermächtigung zur Beseitigung der Sonderumsatzsteuer für Lebensmittel	5	---
	<u>749</u>	<u>1255</u>

Dieser Aufstellung ist noch hinzuzufügen, dass sich der Fehlbetrag bei Ländern und Gemeinden auf insgesamt 1200 Millionen RM beläuft, von denen durch die Notverordnung nur die oben verzeichneten 300 Millionen RM gedeckt werden. Diese 300 Millionen RM sollen aber keineswegs ausschliesslich für soziale, sondern für alle Zwecke verwendet werden. Der Garantiefonds für Exporte dient nur der teilweisen Abdeckung des Reichsrisikos bei Bürgschaften für Ausfuhrkredite. Er beträgt höchstens 70 Millionen Mark. Da er mit sozialen Zwecken nichts zu tun hat, haben wir ihn ganz fortgelassen. Auch die Ermächtigung an den Reichsfinanzminister, für Zwecke der Arbeitsbeschaffung Garantien bis zum Betrage von 300 Millionen Mark zu übernehmen, haben wir in die Aufstellung nicht aufgenommen, weil diese Beträge einstweilen nur auf dem Papier stehen.

Aber auch bei einer Betrachtung der Verschlechterungen bzw. Einsparungen am Sozialetat weicht unsere Auffassung von der der Zentrumspresse weitgehend ab. Hier sind folgende Verminderungen festzustellen:

Einsparungen in Millionen RM		(Zentrums presse)
1. Arbeitslosenversicherung	409	350
2. Krisenfürsorge	60	60
3. Lohnsteuerrückerstattung	60	60
4. Kriegsbeschädigte	85	85
5. Kürzung der Tabakarbeiter-Sonderunterstützung	23	10
6. Zuckersteuer	110	110
7. Verminderung der Zuschüsse an die Invalidenversicherung	12	--
	<u>759</u>	<u>675</u>

Vergessen hat die Zentrumspresse in ihrer Aufzeichnung die Einsparungen, die durch die Gehaltskürzungen in Reich, Ländern und Gemeinden infolge der Notverordnung vorgenommen werden. Sie erreichen die Höhe von 308 Millionen RM. Hierzu kommen noch die Lohnkürzungen infolge der Notverordnung, die ebenfalls eine wesentliche Verschlechterung bedeuten. Schliesslich erhöht sich der Betrag der Einsparungen weiter um die 900 Millionen Fehlbetrag bei Ländern und Gemeinden, die durch weitere Kürzungen an den Wohlfahrtsausgaben durchgeführt werden müssen.

So ergibt sich durch die Notverordnung keine "Umlagerung" des Sozialstats sondern eine Kürzung der sozialen Ausgaben in Höhe von 1967 Millionen RM. Diesen Verschlechterungen stehen nicht Ausgabeerhöhungen von 1255 Millionen RM gegenüber, sondern nur solche im Betrage von rund 750 Millionen RM.

SPD. Karlsruhe, 11. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Badische Landtag lehnte am Donnerstag einen deutschnationalen Antrag auf Aufhebung des 11. August als Feiertag mit 55 gegen 21 Stimmen ab.

Die Regierung erklärte zu dem Antrag, dass sie bei der Reichsregierung und dem Reichstag auf eine einheitliche Regelung der Feier des Verfassungstages für das ganze Reich drängen werde. Der gegenwärtige Zustand, dass der Verfassungstag nur noch in Baden und Hessen als Feiertag gelte, sei auf die Dauer untragbar.

SPD. In der Notverordnung der Reichsregierung sind Kürzungen der hohen Pensionen nicht vorgesehen. Angeblich sind derartige Kürzungen mit der Reichsverfassung nicht in Einklang zu bringen. Die Reichsregierung ist deshalb auf den Ausweg verfallen, die hohen Pensionäre wie Ludendorff und Genossen durch Einschreibebriefe zu einem freiwilligen Verzicht auf ihre Pension aufzufordern.

Darf man erfahren, was bei dieser Aktion bisher herausgekommen ist, wer von den hohen Pensionären bereit ist, freiwillige Abzüge zu gestatten und wer nicht? Oder hat man es gar mit den Einschreibebriefen nicht so eilig gehabt wie mit der antisozialen Notverordnung?

SPD. München, 11. Juni (Eig. Drahtb.)

Das Münchener Strafgericht verurteilt 5 Hitlerburschen wegen schwerer Körperverletzung zu Gefängnisstrafen von 3 Wochen bis zu 16 Monaten. Mildernde Umstände wurden ihnen wegen der besonderen Art des Roheitsdeliktes versagt, ebenso wurde die beantragte Bewährungsfrist abgelehnt. Der Staatsanwalt hatte geringere Strafen beantragt.

In der Nacht zum 1. März überfiel eine Truppe von 8 jugendlichen Hitlerrowdys, die einen Spielmannszug angehörten und aus einer Weinkneipe kamen, auf der Strasse eine Gesellschaft von Männern und Frauen, weil sich einer von ihnen durch einen Zuruf gehänselt glaubte. Der 18jährige Nationalsozialist Eichner, der das Signal zum Ueberfall gegeben hatte, schlug sofort wie ein Besessener mit dem Messer um sich und verletzte dabei auch einen seiner Parteifreunde. Dann ging er von hinten auf den in Verteidigungsstellung befindlichen Maschinisten Engl los und rannte ihm das Messer in den Rücken. Engl wurde lebensgefährlich an der Lunge verletzt. Erst nach Monaten wurde er wiederhergestellt. Als er zusammengebrochen war, traten die Hitlerbuben auf dem Schwerverletzten herum und brachten ihm noch klaffende Kopfwunden bei. Auch der Vater des Maschinisten, der seinen Sohn aufheben wollte, wurde misshandelt.

Im Verlauf der Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, dass es sich nicht um eine politische Rauferei gehandelt habe, da die Ueberfallenen keiner politischen Partei angehörten und überhaupt nicht wussten, dass sie es mit Hakenkreuzlern zu tun hatten. Das Motiv der Hitlerrowdys wurde vom Gerichtsvorsitzenden als reine Rauflust gebrandmarkt.

SPD. Rangoon, 11. Juni (Eig. Drahtb.)

12 an der Rebellion im letzten Dezember beteiligte Personen wurden in Tharawaddy zum Tode verurteilt. 26 Personen, darunter ein buddhistischer Priester, wurden zu lebenslänglicher Gefangenschaft verurteilt.

SPD. Rom, 11. Juni (Eig. Drahtb.)

Die italienische Regierung beabsichtigt, wie der Korrespondenz des "Soz. Pressedienst" zuverlässig erfährt, auf den Ueberschuss aus den deutschen Reparationszahlungen zu verzichten, wenn alle anderen europäischen Gläubiger das gleiche tun. Gemeint ist vor allem Frankreich. Man erwartet hier von der eventuellen Annahme eines solchen Vorschlags weniger grosse praktische Wirkungen für die Lösung der Reparationsfrage als vielmehr eine moralische Einwirkung auf Amerika. Wenn Amerika sehen würde - so argumentiert man hier - dass es den europäischen Staaten mit einem Opfer ernst sei, und dass sie auf Summen verzichten die bisher nur dem Ausbau ihrer Rüstungen gedient hätten, dann würde Amerika mit Rücksicht auf das Gelingen der Abrüstungskonferenz vielleicht eher zur Streichung von Schulden oder zu einem beträchtlichen Schuldennachlass bereit sein. Aber Italien ist, wohlgemerkt, nur dann zu einem Verzicht auf den genannten Ueberschuss bereit, wenn alle, Frankreich voran, sich ebenfalls dazu bereit erklären. Darin liegt die Schwierigkeit des zunächst rein taktisch zu nehmendem Manövers.

SPD. Frankfurt a.M., 11. Juni (Eig. Drahtb.)

Das Frankfurter Kommunistenblatt meldet den Austritt eines Kaufmanns namens Leopold Harris aus der Sozialdemokratischen Partei. Dieser Harris pflegte schon seit Jahren unter der falschen Flagge sozialdemokratischer Opposition kommunistische Hetzreden gegen die Partei und ihre Führer vom Stapel zu lassen, sodass wiederholt Ausschlussverfahren gegen ihn schwebten. Die kommunistische Presse will dieser an sich belanglosen Angelegenheit eine besondere Bedeutung geben, indem Harris als ehemaliger Frankfurter Polizeipräsident bezeichnet wird. In Wahrheit war Harris lediglich während der Revolution einige Wochen kommissarischer Polizeipräsident. Das Ziel seines Strebens, endgültig Polizeipräsident oder Abgeordneter oder wenigstens Stadtverordneter zu werden, hat er niemals erreicht.

SPD. Paris, 11. Juni (Eig. Drahtb.)

In den hiesigen Linkskreisen ist man über gewisse Kommentare der deutschen Presse zu der jüngsten Kammerrede Briands ausserordentlich erstaunt. So ist es eine glatte Fälschung von deutsch-völkischen Organen, Briand sagen zu lassen, dass "die Erhaltung des Kabinetts Brüning im Interesse Frankreichs" liege.

Auf den Vorstoss des reaktionären Abgeordneten Lorin, der die Breslauer Manifestation des Stahlhelms nach allen Regeln der Hetzkunst ausbeutete, erwiderte Briand in einer Rede, die von der Rechten mit Empörung angehört, von der gesamten Linken aber als das Muster einer überlegenen, im wahrsten Sinne des Wortes staatsmännischen Zurückweisung der nationalistischen Uebertreibungen aufgenommen wurde. Weit davon entfernt, die Bedeutung des Stahlhelms und seiner Breslauer Kundgebung zu übertreiben oder Schlussfolgerungen gegen die Fortführung der bisherigen Verständigungspolitik daraus zu ziehen, habe er sich bemüht, wie das aus dem im "Journal Officiel" vom 10. Juni veröffentlichten Stenogramm in klarster Weise hervorgeht, selbst für den deutschen Nationalismus insofern Verständnis zu erwecken, als er ihn als beinahe unvermeidliche Folge des Kriegsausgangs, der auf Deutschland liegenden Lasten und seiner furchtbaren Wirtschaftskrise hinstellte. Briand unterstrich dann in geradezu feierlicher Weise, dass an dem Bestreben, zwischen Deutschland und Frankreich eine Verständigung auf der ganzen Linie herbeizuführen, nichts geändert werden dürfe, da die Friedenspolitik nicht von einzelnen unangenehmen Zwischenfällen abhängig gemacht werden könne. Im Zusammenhang damit und der von dem Abgeordneten Lorin gemachten Bemerkung, dass die Regierung Brüning nicht fest stehe, fügte Briand hinzu: "Herr Lorin hat gesagt, dass die deutsche Regierung schwach sei. Das ist möglich. Sie ist aus einer harten Wahlschlacht hervorgegangen, die zahlreiche Hitlerianer in den Reichstag gebracht hat, d.h. Männer, deren Chauvinismus noch ausgesprochener ist als derjenige des Stahlhelms, der von dem Nationalismus Hugenbergs inspiriert ist. Weder für mein Land noch für ganz Europa möchte ich wünschen, dass die gegenwärtige deutsche Regierung durch diese Elemente ersetzt würde. Nicht, dass Frankreich in einem solchen Fall von unmittelbarer Gefahr bedroht wäre. Frankreich könnte selbst einer derartigen Eventualität mit Ruhe und Zuversicht entgegensehen. Briand hätte hinzufügen dürfen, dass dagegen die Chauvinisten Frankreichs geradezu begeistert wären, wenn es Hitler-Hugenberg gelingen würde, sich der deutschen Regierung zu bemächtigen.

Lorin hatte ferner die Besprechungen von Chequers so hingestellt, als ob Deutschland morgen den Antrag stellen würde, sämtliche Reparationszahlungen einzustellen. In direkter Antwort auf diese Formel erklärte der französische Außenminister, dass "wenn etwa Deutschland, welches das Recht habe, Projekte hinsichtlich der Reparationen zu haben, an Frankreich Forderungen stellen würde, die mit dessen Interessen unvereinbar sind, darauf mit einem Nein geantwortet werden müsse." Es sei nicht möglich, ohne Zustimmung Frankreichs die getroffenen Vereinbarungen wiederaufzuheben. Auch könne es sich nicht darum handeln, den Young-Plan zu ändern und seinen Mechanismus zu fälschen. Der Young-Plan behalte für Frankreich den definitiven Charakter, der ihm gemeinsam zuerkannt wurde. Der Young-

Plan gebe Deutschland die Möglichkeit, in normaler Weise gewisse Forderungen zu stellen. Aber von dieser Möglichkeit zu einer völligen Revision, zu neuen internationalen Konferenzen, welche die Geister wieder beunruhigen würden, sei ein weiter Weg. Briand schloss mit dem Satz: "Bis jetzt sind jedenfalls bei dem Aussenminister Frankreichs keinerlei Schritte in diesem Sinne unternommen worden und Sie können sicher sein, dass er sich nicht darauf eingelassen hätte ohne die Zustimmung des Parlaments."

Das "Journal Officiel" verzeichnet Beifall auf der Linken, der äussersten Linken, dem Zentrum und einigen Bänken rechts. In Wirklichkeit konnte Briand, so wie die Dinge liegen, keine andere Sprache sprechen. Hat doch auch Léon Blum im "Populaire" in einer Artikelserie immer wieder betont, dass der Young-Plan als solcher in sich den nötigen Mechanismus zu Anpassungen enthalte und dass schliesslich die Erleichterungen, die wünschenswert seien, ausschliesslich von Amerika abhängen.

Hält man sich ausserdem noch vor Augen, welche ausserordentlich starkes Echo die Breslauer Stahlhelm-Manifestation in allen Bevölkerungskreisen Frankreichs hervorgerufen hat und welche äusserst wirksames Agitationsmaterial damit dem Herrn de Kérillis, dem Leiter der nationalistischen Hetzpropaganda, geliefert wurde (er hat bereits alle Mauern Frankreichs mit riesigen Photographien der Breslauer Manifestation und des Kronprinzen bedecken lassen), so erkennt man, dass die Rede Briands in Wirklichkeit ein neues und starkes Bekenntnis zur Fortführung der deutsch-französischen Verständigungspolitik darstellt, so sehr sie auch durch die Tätigkeit der deutschen und französischen Chauvinisten erschwert werden mag.

SPD. Weimar, 11. Juni (Eig. Drahtb.)

Das Oberlandesgericht in Jena hat dem ehemaligen Herzog von Altenburg in seinem Abfindungsprozess gegen den thüringischen Staat das Armenrecht zuerkannt. Im Juli 1919 hat der Herzog vom Staate Thüringen als einmalige Abfindung 12,7 Millionen Papiermark erhalten. Dieser Betrag entsprach damals einem Goldwert von $3\frac{1}{2}$ Millionen Mark. Ausserdem erhielt der Herzog 170 Hektar Wald, ein Schloss und die Wertgegenstände in allen Schlössern, die ihm gehörten. In 10 Jahren hat er dieses Vermögen verpulvert. Jetzt versucht er auf Grund des Armenrechts zu Lasten der Steuerzahler noch einmal eine Menge Geld herauszuschlagen.

Verhandlungen des Staates Thüringen mit dem Herzog über dessen weitere Ansprüche hat der Thüringische Landtag abgelehnt. Als letzte Hoffnung hat der Herzog daraufhin das Gericht angerufen.

SPD. Quickborn/Holst., 11. Juni (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr stiessen in der Nähe von Quickborn ein aus Altona kommender Triebwagen und ein aus Neumünster kommender Güterzug mit grosser Gewalt zusammen. 16 Personen wurden schwer, 10 leicht verletzt.

Der Vorderteil des Triebwagens, der vollständig zertrümmert ist, wurde bei dem Zusammenstoss wie eine Streichholzsachtel zusammengedrückt. Bei mehreren Verunglückten sind die Verletzungen derart, dass an ihrem Wiederaufkommen gezweifelt werden muss. Unter ihnen befindet sich auch der Führer des Triebwagens. Die Mehrzahl der Verunglückten erlitt innere Verletzungen und Knochenbrüche. Viele der Insassen des Triebwagens waren eingeklemmt und mussten herausgesägt werden. Die Reichsbahn entsandte sofort einen Hilfszug an die Unglücksstelle.

Das Unglück ereignete sich auf einer eingleisigen Strecke. Ueber seine Ursachen herrscht vorläufig noch Unklarheit.

SPD. London, 11. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Arbeiterregierung wird die Arbeitslosenunterstützung nicht abbauen, obwohl die Arbeitslosenkommission in ihrem vorläufigen Bericht eine Leistungskürzung in der Arbeitslosenversicherung für den Fall, dass keine Beitragserhöhung erfolgt, vorgeschlagen hat. Die Regierung wird zunächst den abschließenden Bericht der Kommission abwarten; sie will jedoch, wie verlautet, ein Gesetz zur Bekämpfung von Missbräuchen in der Arbeitslosenversicherung einbringen.

Scharfe parlamentarische Kämpfe sind vor allem bei der Beratung der Grundsteuer zu erwarten. Die Liberalen wollen gewisse Grundstücke von dieser Steuer ausgenommen wissen. Dadurch würde nach Ansicht des Schatzkanzlers das ganze Prinzip der Steuer in Frage gestellt.

SPD. Paris, 11. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Wahl des neuen Senatspräsidenten, die am Donnerstag-Nachmittag stattfand, war gewissermaßen eine zweite Auflage der Wahl von Versailles. Im zweiten Wahlgang gelang es dem Kandidaten der Reaktion, Senator Lebrun, den Sieg davonzutragen. Er wurde mit 147 Stimmen gewählt, während der radikale Senator Jenannene nur 139 Stimmen auf sich vereinte. Im ersten Wahlgang ward das Stimmenverhältnis 143 gegen 141.

Dieses Ergebnis ist nur dadurch zustande gekommen, dass einige radikale Senatoren nicht an der Sitzung teilgenommen und andere nicht für ihren Kandidaten gestimmt haben. Wenn die 148 radikalen Senatoren sämtlich an der Wahl teilgenommen und für Jenannene gestimmt haben würden, hätte dieser mit Unterstützung der 17 sozialistischen Senatoren gewählt werden müssen. Der Senat zählt zurzeit rund 310 Mitglieder. Von diesen waren 289 anwesend, sodass die absolute Mehrheit, die für die Wahl erforderlich ist, 144 betrug.

Der neue Präsident Lebrun ist 60 Jahre alt und ein Freund und Landsmann Poincarés. Er ist vor dem Krieg Kolonial- und Kriegsminister und nach dem Krieg im Kabinet Clemenceau Unterstaatssekretär für die befreiten Gebiete gewesen. Seit 1926 ist er Präsident des Verwaltungsrats der von Poincaré geschaffenen Schuldentilgungskasse.

SPD. Genf, 11. Juni (Eig. Drahtb.)

In der Kohlenkommission wurden am Donnerstag für den Braunkohlenbergbau die von der Arbeitnehmer- und von der Regierungsgruppe vorbereiteten Vermittlungsanträge zur Regelung der Ueberstunden mit klarer Mehrheit angenommen. Danach wird die Ueberstundenzahl des Entwurfs für den Braunkohlentiefbau von 100 auf 75 vermindert. Die zuständigen Behörden können aber tarifliche Vereinbarungen zulassen, die für Gruben mit besonderen geologischen oder technischen Verhältnissen weitere 75 Ueberstunden pro Jahr vorsehen dürfen. Für den Braunkohlentagebau wurde die Ueberstundenzahl des Entwurfs von 150 auf 100 ermässigt. Bei besonderen Bedürfnissen sind tarifliche Vereinbarungen bis zu höchstens 100 weiteren Ueberstunden pro Jahr möglich. Vor Ablauf von drei Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens soll über eine weitere Kürzung dieser Ziffern Beschluss gefasst werden.

Die Unternehmer versuchen in der Beratung bei jedem Punkt das Abkommen unmöglich zu machen.

SPD. Madrid, 11. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Nationalversammlung, um deren Tagungsort in der letzten Zeit viel gestritten wurde, wird - wie jetzt endgültig feststeht - in Madrid zusammentreten. Für den Fall jedoch, dass es in der Hauptstadt zu heiss werden oder wenn es zu Beeinflussungsversuchen der Strasse kommen sollte, wird sie nach dem Kloster Escorial übersiedeln. Der Ministerpräsident und mehrere Minister haben inzwischen das Kloster Escorial besucht und festgestellt, dass die Aula der Universität genügend Raum bietet, um die Abgeordneten aufzunehmen. Die Nationalversammlung wird auf jeden Fall in dem Gebäude des alten Kongresses eröffnet und selbst darüber beschliessen, ob und wann sie nach Escorial übersiedeln will.

SPD. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Zentralorganisation der christlichen Gewerkschaften, fordert ebenfalls eine Abänderung der Notverordnung. Er erklärt, das Ziel einer Sanierung der öffentlichen Haushalte werde von der Verordnung in einer rein fiskalischen Weise angestrebt, die die sozialen Ungerechtigkeiten vermehre und die Behebung der Krise hemme. Der Abbau der sozialen Versicherungsleistungen überschreite das notwendige Mass und mache in zahlreichen Fällen die Aufrechterhaltung einer menschenwürdigen Lebenshaltung unmöglich. Bei einer Abänderung der Notverordnung müsse viel schärfer als bisher versucht werden, eine Reform zwecks Verbilligung der gesamten öffentlichen Verwaltung in Angriff zu nehmen, da auf diesem Gebiet beträchtliche Ersparnisse erreichbar seien. Darüber hinaus müsse eine zielbewusste und tatkräftige Fortführung der eingeleiteten Revision der Reparationsverträge gefordert werden.

Der "Deutsche" bemerkt zu der Stellungnahme des DGB, dass die Reichsregierung sich über diese Abänderungsforderungen nicht so leicht hinwegsetzen könne, da auch die Opposition anderer politischer Kräfte recht stark zu werden drohe. Die Regierung hätte die endgültige Gestaltung der Notverordnung nicht der Bürokratie allein überlassen dürfen.

Bekanntmachung.

SPD. Unter Berufung auf die in den Verhandlungen des Parteitags in Leipzig erfolgten Mitteilungen über die in Köln erscheinende und im ganzen Reich verbreitete Zeitschrift "Der rote Kämpfer" fasste der Parteivorstand in seiner Donnerstag-Sitzung folgenden Beschluss:

Die Zeitschrift "Der rote Kämpfer", marxistische Arbeiterzeitung, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Joseph Prenner, Köln, Roonstrasse 43, II Druck: H. Walzer & Co., Düsseldorf ist ein parteifeindliches und ein parteischädigendes Organ. In der Zeitschrift, die angeblich von Sozialdemokraten für Sozialdemokraten herausgegeben wird, die aber in ihrer ganzen Art kommunistischer Spaltungsarbeit dient, werden fortgesetzt in den Artikeln, die alle anonym erscheinen, die schwersten Beschimpfungen und Verleumdungen gegen die Partei verbreitet, die geeignet sind, das Ansehen der Partei zu schädigen und das Vertrauen zu ihr zu erschüttern.

Die Herausgabe, Mitarbeit und Verbreitung der Zeitschrift "Der rote Kämpfer" ist ein parteischädigendes Verhalten.

Der Parteivorstand.

Berlin, den 11. Juni 1931.

SPD. Der Hauptausschuss des österreichischen Nationalrats beschloss am Donnerstag - wie uns aus Wien gemeldet wird - Preiserhöhungen für Salz, Zigarren, Zigaretten und Tabak.

SPD. Madrid, 11. Juni (Eig. Drahtb.)

Spanien wird gegenwärtig von einer furchtbaren Hitzewelle heimgesucht. Schon seit drei Tagen zeigt das Thermometer in Sevilla über 40 Grad. In Madrid wurden am Donnerstag ebenfalls 40 Grad erreicht. Während der Nacht tritt kaum eine Abkühlung ein.

SPD. Am Donnerstag abend fand zwischen den Führern der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und dem Reichskanzler Dr. Brüning eine Besprechung über den Inhalt der Notverordnung statt. An der Besprechung nahm auch der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald teil.

Die Vertreter der Sozialdemokratie unterbreiteten dem Reichskanzler ihre Bedenken gegen die Notverordnung und machten ihn mit Nachdruck auf die politischen Folgen des Inkrafttretens insbesondere derjenigen Bestimmungen der Notverordnung aufmerksam, die einen weitgehenden Abbau der sozialen Leistungen bezwecken. Der Reichskanzler betonte, dass die Einberufung des Reichstages mit schweren Gefahren für die Kreditverhältnisse verbunden sei und man im gegenwärtigen Augenblick davon eine weitere Zuspitzung der Wirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit und der Finanzschwierigkeiten befürchten müsse.

In der Besprechung wurde ein endgültiges Ergebnis nicht erzielt. Die Besprechungen über die von der Sozialdemokratie gewünschten Abänderungen der Notverordnung sollen nach der Rückkehr des Reichskanzlers von Neudeck und nach einer Fühlungnahme mit dem Reichskabinett fortgesetzt werden.

X X X

Die Deutsche Volkspartei, die am Donnerstag nachmittag zur Beratung der politischen Lage zusammentrat, hatte ihre Besprechungen abends um 10 Uhr noch nicht beendet. Die Fraktion wird sich wahrscheinlich über die Frage der Einberufung des Reichstages erst am Montag schlüssig werden, weil sie zunächst das Ergebnis der Sozialdemokratischen Fraktionsitzung am Freitag abwarten will.

Am Donnerstag nachmittag empfing der Reichskanzler u.a. den Führer der Volkspartei Dr. Dingeldey. Er forderte von dem Reichskanzler eine Umbildung des Kabinetts, Änderungen der Notverordnung und mehr Entschlossenheit in der Reparationsfrage. Der Widerstand der Volkspartei richtet sich gegen ihren eigenen Minister Dr. Curtius, den Finanzminister Dr. Dietrich und den Reichsinnenminister Dr. Wirth. Am Vormittag hatte das Kabinett auf Vorschlag des Reichskanzlers bereits beschlossen, jede Umbildung abzulehnen. In diesem Sinne wurden ausser Dingeldey auch die Vertreter der Landvolkpartei, die ebenfalls nachmittags bei dem Reichskanzler erschienen, informiert.

X X X

In bezug auf die Notverordnung ist die Reichsregierung zu Änderungen unter der Voraussetzung bereit, dass dadurch deren finanzielles Erträgnis nicht beeinträchtigt werden. Die eventuellen Abänderungen sollen jedoch weder durch den Reichstag noch durch einen Ausschuss beschlossen, sondern auf dem Wege interner Verhandlungen vereinbart werden. Inwieweit auf diesem Wege eine Verständigung möglich ist, lässt sich zurzeit noch nicht sagen.

W. Aus aller Welt

Die Helden vom "Zwischenreich".

Stahlhelm-Seldte und Oberstleutnant a.D. Düsterberg beschimpfen die Republik. - Unangenehmes Nachspiel vor dem Kadi - Hohenzollernanwalt Everling als Humorist.

SPD. Am Donnerstag Mittag hatten sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutz der Republik die Führer des "Stahlhelm" Fabrikant Franz Seldte und Oberstleutnant a.D. Düsterberg zu verantworten.

"Grosser Tag" in Moabit. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte stehen die Häuptlinge des "Stahlhelm", Oberstleutnant a.D. Düsterberg, wilder Rufer gegen die Republik im Bezirk Halle-Merseburg, und Herr Seldte, der nebenbei Selterwasser und Liköre fabriziert. Daneben aber sehr an der Peripherie des Geschehens, Herr Kleinau, seines Zeichens verantwortlicher Redakteur des "Stahlhelm". Die Stahlhelmmänner, die sich gleich zwei Verteidiger, den Monarchisten-Anwalt Dr. Everling und einen Dr. Schaper aus Magdeburg mitbrachten, stehen unter der Anklage, sich gegen § 5, Ziffer 1 des Gesetzes zum Schutze der Republik vergangen zu haben.

Am 18. Januar erschien in der Zeitschrift "Der Stahlhelm" unter der Ueberschrift "Kampf dem Zwischenreich" ein ungemein hetzerischer und verlogener Artikel, der, feierlich schwarzweiss umrandet, von den Chefs des Stahlhelm persönlich unterzeichnet war. In diesem Elaborat, das der 60. Wiederkehr der Reichsgründung gewidmet war, standen u.a. folgende erbauliche Sätze, die das geistige und polemische Niveau der Herren Seldte und Düsterberg drastisch aufzeigen. "Seit 13 Jahren lebt das deutsche Volk in dem undeutschen Zwischenreich des bismarckfeindlichen Marxismus. Diesem Zwischenreich, das die völkischen, sittlichen, kulturellen und auch die wirtschaftlichen Grundlagen des deutschen Vaterlandes völlig zu zerstören droht, habt Ihr den Kampf angesagt."

Der Angeklagte Seldte schnarrt genau so munter und unfreiwillig komisch, wie er es bei den Paraden über seine stahlhelmitischen Untertanen zu tun pflegt. Da er weiss, dass es wenig riskant ist, stellt er sich auf heroisch ein und erklärt mit lächerlicher Pose, dass er nichts zurückzunehmen habe und durchaus auf dem Boden jener Kundgebung vom sogenannten "Zwischenreich" stände. Herr Düsterberg will seinem Kollegen an Schneid natürlich nicht nachstehen und erklärt mit abgehackter Stimme, dass er sogar bereit sei, jede Konsequenz zu tragen. In Saale macht sich eine gewisse Heiterkeit bemerkbar, die nach diesen "martialischen" Worten recht angebracht erscheint.

Oberstaatsanwalt Köhler, der Ankläger, der nach Düsterberg das Wort zum Plädoyer ergriff, erklärte, die Feststellungen der Anklage seien unangreifbar. Die Stahlhelmführung, so betonte der Staatsanwalt, habe den Boden der sachlichen Kritik verlassen und die Staatsform, d.h. die Republik, verächtlich gemacht. Herr Seldte und Düsterberg bezeichnen in ihrem Artikel das Reich, die Republik als undeutsch. Sie haben sich damit soweit verstiegen, dem heutigen Staat einen kulturellen, sittlichen und völkischen Makel zum Vorwurf zu machen. Die Ueberlegung und die Böswilligkeit könnten überhaupt nicht in Zweifel ge-

zogen werden, da bei einem wohlbedachten Gedenkartikel Spontanität von vorn herein ausschalte. Es sei in jeder Beziehung verdammens- und verurteilenswert, wenn der politische Kampf derartige Formen annehme, die in keiner Beziehung mehr etwas mit sachlicher Kritik zu tun haben. Oberstaatsanwalt Köhler beantragte schliesslich an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von 2 Monaten je 800 Mark Geldstrafe für Seldte und Düsterberg. Für den mitangeklagten verantwortlichen Redakteur des "Stahlhelm" hielt er 400 Mark Geldstrafe für angemessen.

+

In geradezu grotesken Gedankensprüngen erging sich der Verteidiger der Helden vom "Zwischenreich" der deutschen Republik Herr Everling. Er erklärte, dass Seldte und Düsterberg bei ihrem famosen Gedenkartikel gar nicht die Republik im Auge gehabt hätten, sondern lediglich den Marxismus. Everling schloss seine Verteidigungsrede mit den Worten: "Wenn hier bestraft werden soll, dann nur mit Gefängnis und nicht mit Geldstrafe, damit Deutschland weiss, wohin es gesunken ist."

Woraus zu ersehen ist, dass selbst in dieser ernstesten Zeit der deutsche Humor noch die duftigsten Blüten treibt! -

+ + +

Das Grab im U-Boot. Die an der Hebung des gesunkenen englischen U-Boots arbeitenden Taucher haben die Verbindung mit den Ueberlebenden nicht wieder herstellen können. Man muss daher annehmen, dass die acht Mann, die noch am Mittwoch auf Klopfzeichen reagierten, inzwischen gestorben sind. Die Hebearbeiten stossen auf erhebliche Schwierigkeiten, da das Boot sehr tief liegt.

+ + +

Sich selbst gerichtet! In Weisendorf bei Fürth hatte in der Nacht zum Montag der 25 Jahre alte Metzger Hans Stiegler auf dem Heimweg von der Kirche den Gütlersohn Ludwig Meyer und dessen Braut aus Eifersucht erschossen. Am Donnerstag fand man den Mörder erschossen vor einem Teich auf. Wie die Untersuchung ergab, hat er sich selbst gerichtet.

+ + +

"G 38"'s Flug nach London. "G 38", das viermotorige Riesenflugzeug von Junkers, ist am Donnerstag früh nach London gestartet, wo es gegen 11 Uhr vormittags landete. Kurze Zeit darauf flog die Maschine nach Amsterdam.

+ + +

Banditenüberfall auf eine Bank. In Herten bei Recklinghausen wurde die Kreisbanknebenstelle von einem Räuber überfallen, dem der gesamte Barbestand in Höhe von 1 300 Mark in die Hände fiel. In der Bank, in der nur ein Angestellter den Dienst versieht, erschien ein elegant gekleideter Herr, der vorgab, Gulden wechseln zu wollen. Als sich der Angestellte erhob, zog der Fremde plötzlich einen Revolver und zwang den Bankbeamten mit vorgehaltener Waffe, ihm den gesamten Inhalt der Kasse auszuliefern. Nachdem der Räuber das Geld erhalten hatte, schloss er den Angestellten ein und verschwand. Von dem Täter fehlt bisher jede Spur.

+ + +

Baukatastrophe in Polen. Beim Umbau eines dreistöckigen Gebäudes in Lodz, das für Militärzwecke hergerichtet werden sollte, wurden die alten Decken und Fussböden abgetragen. Plötzlich brach eine abgesteifte Decke im dritten Stockwerk ein und schlug durch die übrigen Geschosse hindurch, sodass sämtliche Zwischendecken bis zum Parterre mit grossem Getöse einstürzten. 14 Bauarbeiter wurden unter den Trümmern begraben; fünf mussten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus überführt werden.

+ + +

Gestrandeter Lloydampfer. Der 2 250 Tonnen grosse Dampfer "Anatolia" des Norddeutschen Lloyd strandete im Amazonenstrom. Die Ladung konnte gelöscht werden, der Dampfer ist verloren.

Schmutz im Landbund. Eine unerwartete Revision der Kasse der Greizer Geschäftsstelle des Landbundes ergab, dass der Geschäftsführer Hermann Differ, grosse Unterschlagungen begangen hat. Ueber die Höhe der veruntreuten Gelder verlautet noch nichts Genaueres, doch soll es sich um recht hohe Beträge handeln. Differ, der als "honoriger Bürger" auch dem Stadtrat angehörte, hat sofort einen Nervenzusammenbruch erlitten. In der für die Rechtskreise der Stadt sehr peinlichen Angelegenheit stehen neue Verhaftungen bevor.

+ + +
Rätsel um Uralzeff. Im Uralzeff-Prozess hat sich der Pfarrer Doyé, der früher dem Aufsichtsrat der Raiffeisenbank angehörte, bei der Dresdner Staatsanwaltschaft gemeldet und seine Vernehmung als Zeuge angeboten. Uralzeff hatte die Behauptung aufgestellt, dass Pfarrer Doyé, der viel von Graphologie hält, jenes famose Gutachten abgegeben habe, auf Grund dessen Uralzeff mühelos einen Zweimillionen-Kredit von Raiffeisen bekam. Doyé soll beim Anblick von Uralzeffs Handschrift gesagt haben: "Der Mann ist grundehrlich! Dem kann man das Geld ohne jedes Risiko geben!" Der Pfarrer bezeichnet diese Angabe Uralzeffs als völlig unwahr und den ganzen fraglichen Vorgang als frei erfunden. Doyé soll am 19. Juni vernommen werden. Diese Vernehmung wird insofern von besonderem Interesse sein, als sie für die Glaubwürdigkeit Uralzeffs von ausschlaggebender Bedeutung ist.

+ + +
Ins Meer gespült. Das französische U-Boot "Leon Mignot" wurde im Hafen von Brest, gegenüber von Fort Minganz, von einer mächtigen Sturzwelle erfasst, die einen Quartiermeister und einen Mechaniker über Bord spülte. Der Mechaniker wurde noch lebend geborgen, ist aber vor Erschöpfung gestorben. Die Leiche des Quartiermeisters konnte noch nicht gefunden werden.

+ + +
Seldte=Düsterberg verurteilt. In dem Prozess gegen die Stahlhelmführer wurden Seldte und Düsterberg dem Antrage des Staatsanwalts gemäss, wegen Vergehens nach Paragraph 5, Ziffer 1 des Republikschutzgesetzes an stelle einer, an sich verwirkten Gefängnisstrafe von zwei Monaten zu einer Geldstrafe von je 800 Mark verurteilt. Der mitangeklagte Redakteur des "Stahlhelm", Kleinau, erhielt anstelle von drei Wochen Gefängnis eine Geldstrafe von 300 Mark. In der Begründung des Urteils führte Landgerichtsdirektor Steinhaus u.a. aus, dass die Bezeichnung "undeutsch" eine Verächtlichmachung und der schlimmste Vorwurf sei, den man einem Staate überhaupt machen könne. Leider könne man der Auffassung sein, dass die Republik in ihrer Noblesse schon viel zu lange schwere Kränkungen hingenommen habe.

+ + +
Brennender Flughafen. Der Malmöer Flughafen, der grösste Schwedens, wurde von einem Grossfeuer fast völlig vernichtet. Der ganze mittlere Teil der Flughalle brannte aus. U.a. verbrannte auch ein dreimotoriges Junkersflugzeug.

+ + +
Ein Todesurteil. der 23jährige Bäckergehilfe Ponnwitz wurde vom Görlitzer Schwurgericht zum Tode verurteilt. Ponnwitz hatte eine Kriegerwitwe ermordet, mit deren Tochter er ein Verhältnis unterhielt. Die Mutter hatte die Freundschaft ihrer Tochter missbilligt.

+ + +
Bergmannstod. Ein Bergwerksunglück hat sich auf der Nodrzejower Grube in der Nähe von Myslowitz (Oberschlesien) ereignet. Durch Explosion von Grubengasen wurden zwei Bergleute getötet. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht geklärt.

Gewerkschaftliche Rundschau *

Gewerkschaften und Notverordnung.

SPD. Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wird uns zu der Notverordnung der Reichsregierung geschrieben:

"Die Reichsregierung ist des Glaubens, dass die neue Notverordnung den einzigen Weg zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes der öffentlichen Haushalte aufzeigt, den einzigen Weg, der deutschen Wirtschaft in ihrer schwierigen Lage die Ansammlung produktiven Kapitals zu ermöglichen und sie in ihrem Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkte zu unterstützen. Wenn die Gewerkschaften diesen Glauben der Reichsregierung teilen könnten, wären sie bereit, der deutschen Arbeiterschaft vorübergehend weitere Opfer zuzumuten; denn es gibt keine Schicht des Volkes, die von der Belebung der Wirtschaft und der Sicherung der Finanzen in ihrer ganzen Existenz so abhängig ist wie die deutsche Arbeiterschaft.

Aber die Gewerkschaften teilen diesen Glauben nicht. Sie sind vielmehr der entschiedenen Ueberzeugung, dass die Reichsregierung das Ziel auf dem von ihr eingeschlagenen Wege niemals erreichen wird. Es gibt keine dauernde Sicherung der deutschen Finanzen ohne eine vorausgegangene Belebung der deutschen Wirtschaft. Die neue Notverordnung enthält kein positives wirtschaftspolitisches Programm. In keiner der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Massnahmen ist die Einsicht erkennbar, dass die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die deutsche Wirtschaft mit finanzpolitischen Massnahmen der deutschen Regierung allein nicht behoben werden können. Auch die Ankündigung einer Revision des Young-Planes, die nur in langen Verhandlungen durchzusetzen wäre, kann der Gegenwartnot der deutschen Wirtschaft nicht steuern. Mit keinem Wort ist von Massnahmen die Rede, auf dem Wege internationalen Zusammenwirkens aller von der Wirtschaftskrise betroffenen Staaten einen Weg zur Gesundung der Wirtschaft zu suchen.

Die neue Notverordnung wird nicht, wie feierlich verkündet worden ist, die letzte Notverordnung sein. Sie wird es nicht sein können, weil ihren Massnahmen der wegweisende wirtschaftspolitische Gedanke fehlt, der die Ursachen der deutschen Wirtschafts- und Finanznot zu beseitigen sucht. Die neue Notverordnung ist nur ein Versuch, auf der Linie des geringsten Widerstandes vorzugehen. Auf dem Wege einer untragbaren Belastung der armen und ärmsten Schichten des deutschen Volkes will die Reichsregierung das Geld zusammenscharren, um das Defizit der öffentlichen Haushalte zu decken.

Die deutschen Arbeitnehmer sind ohnehin steuerlich schwerer belastet als die Arbeiterschaft in allen anderen Industriestaaten. Das Mass ihrer Belastung mit Steuern und Sozialbeiträgen hat längst die Grenze überschritten, die bei dem Abschluss der Reparationsregelungen von den ausländischen Sachverständigen als berechtigt anerkannt worden ist. Nichtsdestoweniger hat sich die Reichsregierung dazu entschlossen, Steuern einzuführen, die die abhängige Arbeit ungleich schwerer belasten als die übrigen Kreise des Volkes. Sie mutet nicht nur denen, die noch in Arbeit stehen, weitere schwere Bürden zu, sie verkürzt auch noch das Noteinkommen der Arbeitslosen um 10 bis 15%, das ohnehin nur zur dürftigen Fristung des Lebens reicht. In demselben Augenblick, in dem sie denen, die in den letzten Jahren immer wieder eine Einschränkung ihrer

Lebensmöglichkeiten erfahren haben, den kargen Lohn und die Bezüge kürzt, gibt sie der Grosslandwirtschaft und der Schwerindustrie offene oder verschleierte Subventionen. Sie schmälert die Rechte der Arbeiterschaft und stärkt durch ihren Einfluss auf die Schlichtungsorgane die rücksichtslose Politik des Unternehmertums, dessen reaktionärer Machtwille im gleichen Verhältnis wächst, wie die soziale Not und die Belastung des Arbeitsmarktes zunimmt.

Durch diese Massnahmen wird der Wirtschaft nicht geholfen. Die dauernde Schmälerung der ohnehin geschwächten Kaufkraft der breiten Volksmassen wird vielmehr nur zu einer weiteren Einschränkung der Produktion und Freisetzung von Arbeitern führen. Die Notverordnung wird das soziale Elend in Deutschland steigern.

Ihre Durchführung hat aber nicht nur sozial und wirtschaftlich verhängnisvolle Folgen, sie beschwört auch unabsehbare politische Gefahren herauf, indem sie den innerpolitischen Feinden der Deutschen Republik Zündstoff zu ihrer Agitation gegen den demokratischen Staat liefert. Die politische Unsicherheit, die durch die Notverordnung gesteigert wird, untergräbt das Vertrauen des Auslandes. Ohne Vertrauen zur Stabilität der deutschen politischen Verhältnisse und damit der deutschen Wirtschaft lässt sich aber der letzte Sinn jeder Notverordnung in der heutigen Zeit nicht verwirklichen, unserer Wirtschaft einen neuen Auftrieb zu geben und dadurch auch die Finanzen des Staates dauernd sicherzustellen.

Die Gewerkschaften sind sich einig in der Ueberzeugung, dass die neue Notverordnung sowohl in ihren entscheidenden Neuregelungen wie durch die Fülle gehässiger und wirkungsloser Einzelbestimmungen, die eine von jedem politischen Instinkt verlassene Bürokratie in ihre Paragraphen eingeschmuggelt hat, den sozialreaktionären Geist noch überbietet, der im letzten Jahr Gesetzgebung und Verwaltung beherrscht. Die Gewerkschaften sind sich aber auch bewusst, dass ihr Kampf gegen diese Notverordnung nur dann zu positiven Erfolgen führen kann, wenn die Arbeiterschaft rückhaltlos zu ihren Organisationen steht und ausschliesslich den Weisungen ihrer Führung folgt. Die Arbeiterschaft hat keine Freunde, keine wirtschaftlichen, keine politischen Bundesgenossen ausserhalb ihrer eigenen Reihen. In keinem Abschnitt der Nachkriegszeit war es so notwendig wie heute, dass der Block der wirtschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft, der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, eine festgefügte, geschlossene Einheit bildet, die jederzeit zur Abwehr wie zum Angriff eingesetzt werden kann."

SPD. Bei dem Reichsbahnpersonal hat die Notverordnung besonders böses Blut gemacht. Ueber 100 000 Beamte der unteren und mittleren Gruppen haben seit 1927 niedrigere Bezüge erhalten als die vergleichbaren Reichsbeamten. Was an diesen Beamten eingespart wird, wird in Form von Leistungszulagen und zugunsten der leitenden Reichsbahnbeamten wieder ausgeglichen. Diesen Zustand findet die Reichsregierung anscheinend ganz in der Ordnung; denn die vorgesehene weitere Kürzung der Gehälter der Reichsbahnbeamten bedeutet, wie in der Protesterklärung des Einheitsverbandes gegen die Notverordnung hervorgehoben wird, einen prozentual höheren Einkommensverlust als bei den oberen Beamtengruppen. Ganz besonders unsozial wirkt die Notverordnung auch auf die kleinen Pensionäre und Rentenempfänger und auf die Bezieher von Witwen- und Waisentrenten, denen nach Wegfall jeder Freigrenze von ihren ohnedies dürftigen Bezügen noch 4 bis 5 Prozent gekürzt werden. Dieses Unrecht steht in einem schreienden Gegensatz zu der auffallend milden Behandlung, die den Grosspensionären zuteil wird, bei denen angeblich eine stärkere Pensionskürzung aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich ist.

Unter den Reichsbahnbeamten herrscht grosse Empörung auch deshalb, weil trotz Abbau der Gehälter ab 1. Februar der Generaldirektor eine Verkürzung der

über 48 Stunden hinausgehenden Arbeitszeit und Dienstschichten abgelehnt hat. Infolge dieser Ablehnung scheiterte auch der Versuch einer Arbeitszeitverkürzung für mehr als die Hälfte der Reichsbahnarbeiter, nämlich der Arbeitergruppe, die nach dem Reichsbahngesetz die gleiche Arbeitszeitregelung hat wie die Beamten. Die Reichsbahngesellschaft kann sich hier allerdings auf das schlechte Beispiel der Reichsregierung berufen, die für die Reichsbeamten die 48stündige Dienstzeit noch nicht wieder hergestellt hat.

Wie vereinbart die Reichsregierung diese Misstände im eigenen Haus mit ihren Empfehlungen, in den Privatbetrieben durch Senkung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern?

SPD. Die Verhandlungen zwischen der Reichsbahnhauptverwaltung und den Eisenbahnergewerkschaften über die Durchführung der von der Notverordnung vorgesehenen Arbeitsbeschaffung durch die Reichsbahn kamen am Donnerstag zu einem gewissen Abschluss. In der Hauptsache dürfte sich die Arbeitsbeschaffung folgendermassen gestalten:

Durch Oberbauarbeiten sollen rund 60 000 Arbeiter - nicht 120 000, wie in der Presse behauptet worden war - etwa fünf Monate lang beschäftigt werden. 60 Prozent der zusätzlichen Arbeiten will die Reichsbahn in eigener Regie durchführen und 40 Prozent durch Privatunternehmer fertigstellen lassen. Von den 60 000 neu einzustellenden Arbeitern würden 36 000 Zeitarbeiter, d.h. Eisenbahnarbeiter sein, während der Rest von 24 000 Arbeitern aus Arbeitslosen der Privatindustrie geholt werden müsste.

Die Regierung hat der Reichsbahn die Verpflichtung auferlegt, dass die neu einzustellenden Arbeiter nur 40 Stunden arbeiten. Diese Arbeitszeitverkürzung soll jedoch auf die übrigen Bahnunterhaltungsarbeiter nicht übertragen werden. Ferner sieht die Notverordnung die Verpflichtung vor, dass die neu einzustellenden Arbeitskräfte aus der Masse der unterstützungsberechtigten Arbeitslosen genommen werden. Ausgesteuerte dürfen nicht verwendet werden. Das Reich bezweckt damit eine Entlastung der Staatsausgaben für die Arbeitslosenunterstützung. Schliesslich fordert die Regierung, dass die neu einzustellenden nach Möglichkeit im Laufe der Arbeitskampagne von fünf Monaten ausgewechselt werden. Eine zu starke Auswechslung - etwa jeden Monat oder alle zwei Monate - würde unwirtschaftlich wirken und die Unfallgefahren steigern. Auch ist zu bedenken, dass bei den Oberbauarbeiten (Brücken- und Tunnelbauten) die Unfallgefahr eine grosse Rolle spielt. Trotzdem wird sich eine gewisse Auswechslung insofern ermöglichen lassen, als die Arbeiten an verschiedenen Stellen angesetzt werden. Infolgedessen können bei jeder Inangriffnahme der zusätzlichen Bahnunterhaltungsarbeit an einer neuen Stelle neue Arbeitskräfte aus der Nachbarschaft des neuen Arbeitsstandortes herangezogen werden.

SPD. Für die westdeutsche Kanalschiffahrt wurde ein Schiedsspruch gefällt, der eine Neuregelung des Manteltarifs bis Ende Februar 1932 vorsieht. Es handelt sich bei der Neuregelung nur um geringe Änderungen in der Ueberstundenbezahlung bei Havarien und Fahrten der Kanalschiffe auf dem Rhein.

Wirtschaft Technik Gandel

Wo stehen wir?

SPD. Laut dem letzten Vierteljahresbericht des Instituts für Konjunkturforschung (I.f.K.) nach dem Stand von Anfang Juni 1931, dürfte die "Weltwirtschaft die weitaus grösste Strecke der Abschwungsentwicklung bereits durch gelaufen haben". Ein rascher und anhaltender Aufschwung der Weltkonjunktur ist jedoch zunächst nicht zu erwarten. Für Deutschland wird angenommen, dass die "Periode schärferer Produktionsrückschläge als überwunden betrachtet werden darf". In Rücksicht auf die Enge des Kapitalmarktes, die gespannte Lage der öffentlichen Wirtschaft und die schlechteren Aussichten auf erhöhte Kapitaleinfuhr durch Beunruhigungen kommt das Institut zu dem Schluss, "dass Voraussetzungen für einen Aufschwung in der deutschen Wirtschaft jedenfalls nicht gegeben sind. Produktion und Beschäftigung werden sich vielmehr im kommenden Teil des Jahres 1931 weiter depressiv verhalten."

Neben der Bedeutung des Geld- und Kapitalmarktes für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland kommt in erster Linie die Wandlung des Reallohnes in Frage. Hier trifft das Konjunkturforschungsinstitut geradezu erschütternde Feststellungen. Die Schätzung des Instituts über die vor sich gegangene Schrumpfung des Realeinkommens dürfte aber noch zu optimistisch sein, weil das Institut z.B. den Abbau der übertariflichen Löhne nicht erfassen konnte. Während sich nämlich die Senkung der tarifmässigen Löhne für den Stand vom Mai 1931 gegenüber Mai 1930 etwa um 5 bis 6 Prozent bewegt, dürften die tatsächlich gezahlten Löhne um 20 und weit mehr Prozent gesunken sein.

Trotzdem kommt das Konjunkturforschungsinstitut zu dem Schluss, dass das Einkommen der Arbeitnehmer, und zwar der Arbeiter und Angestellten, allein infolge der zunehmenden Arbeitslosigkeit, der Verminderung der Arbeitszeit und der Senkung der Tariflöhne und Tarifgehälter im ersten Vierteljahr 1931 um einen Betrag in der Grössenordnung von 1,5 Milliarden niedriger gewesen ist als im ersten Vierteljahr 1930. Dazu kam die Senkung der Beamtengehälter. Somit ergibt sich nach dem Konjunkturforschungsinstitut für das gesamte Arbeitseinkommen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr, der sich in der Grössenordnung von ungefähr 15 Prozent halten dürfte.

Es ist dem deutschen Volk versprochen worden, den Rückgang beim Nominal-einkommen durch Preisrückgang auszugleichen. Hier haben sich die Dinge aber recht widerspruchsvoll entwickelt und man muss immer wieder feststellen, dass die Preispolitik der grossen Konzerne und Trusts, dann aber auch die von der Regierung betriebene Agrarpolitik einem solchen Preisausgleich im Wege steht. Immerhin stellt das Institut fest, dass die überwiegend auslandsbestimmten Preise für Rohstoffe und Halbwaren in der Zeit vom Januar bis April 1931 um 1 Prozent gesunken sind gegenüber 6 Prozent im ersten Vierteljahr 1930, dass dagegen die überwiegend inlandsbestimmten Rohstoffpreise im letzten Vierteljahr um 3 Prozent zurückgegangen sind gegenüber 1 Prozent im ersten Vierteljahr des Vorjahrs. Die Grosshandelspreise für industrielle Fertigwaren haben ihren Rückgang mit etwa der gleichen Stärke wie im letzten Vierteljahr 1930 fortgesetzt. Für die Konsumentenpreise wird festgestellt, dass "die Einzelhandelspreise der wichtigsten Lebensbedürfnisse im Zusammenhang mit der Preisbewegung an den landwirtschaftlichen Märkten (höhere Getreidepreise, höhere

Brotpreise!) nicht mehr in dem gleichen Grad gesunken sind wie im ersten Vierteljahr 1930". Das Konjunkturforschungsinstitut bestätigt damit unsere Feststellung, dass sich das Tempo der Preissenkung bedenklich verlangsamt hat und z.T. zum Stillstand gekommen ist. Man kann nur die Folgerung des Instituts unterstreichen, nach der "die Preissenkung bei weitem nicht stark genug war, um einen Ausgleich für die nominellen Verluste des Arbeitseinkommens zu schaffen. Das besagt, dass das Realeinkommen der Arbeitnehmer gegenwärtig, sicherlich um nicht wenig, niedriger ist als 1930".

Daraus erklärt sich die Entwicklung in der Produktion. Die Wirtschaftstätigkeit ist auf den Stand von 1924 zurückgegangen und geringer als zur Zeit der Krise 1925/26. Allerdings seien in den Verbrauchsgüterindustrien, konjunkturell betrachtet, erhebliche Produktionseinschränkungen nicht mehr zu erwarten. Das treffe jedoch nicht für die Grundstoffindustrien zu, die über zu grosse Lager verfügen. Der Beschäftigungsgrad habe sich in einzelnen Industrien konjunkturell nicht mehr verschlechtert. Die Kurzarbeit musste sogar ziemlich stark eingeschränkt werden. Eine plötzliche und scharfe Besserung auf dem Arbeitsmarkt liege aber ausser dem Bereich der Möglichkeit. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen werde sich im Durchschnitt des Jahres 1931 nicht unbeträchtlich über 4 Millionen, wahrscheinlich bei 4,5 Millionen halten. Ein unabsehbares Anwachsen der Arbeitslosigkeit sei jedoch für den Winter 1931/32 nicht zu erwarten. Man werde aber damit rechnen müssen, dass die Arbeitslosigkeit im kommenden Winter zwischen 5 und 6 Millionen liegen wird.

Die Gebiete, aus denen eine wirkliche Besserung kommen könnte, die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Geld und Kapital, werden am pessimistischsten beurteilt. Einmal seien die öffentlichen Stellen, Reich, Kommunen, Reichsbahn usw. darauf angewiesen, den Geldmarkt mit grösseren Beträgen in Anspruch zu nehmen, des anderen sei die Bereitwilligkeit des Auslandes, besonders die Amerikas, zur Gewährung langfristiger Kredite an Deutschland gering. Die Zinssenkung im Auslande habe der deutschen Wirtschaft kaum neues Geld zugeführt. Die kürzliche Herabsetzung des Diskonts, z.B. London, könnte allerdings die Lage verhindern. Ob und inwieweit die Veränderung zu einer Steigerung der Geldausleihungen an Deutschland führen kann, werde in erster Linie davon abhängen, "wie das Ausland die politische Entwicklung in Deutschland beurteilt". Eine beträchtlichere Zinsspanne - das wäre eine Heraufsetzung des deutschen Reichsbankdiskonts - genüge nicht, um das Ausland zu stärkerer Ausleihung an Deutschland zu veranlassen oder auch nur erhebliche Geldabzüge aus Deutschland zu verhindern. Leider müssen wir feststellen, dass die Entwicklung der letzten Tage (starke Geldabzüge aus Deutschland) der Feststellung des Konjunkturforschungsinstituts mehr als recht gibt.

SPD. Die westfälischen Bergwerksgesellschaften Hibernia und Recklinghausen, die dem preussischen Staat gehören, zeigen in ihrem Abschluss für das Jahr 1930, dass die Kohlenkrise nicht unbemerkt an ihnen vorbeigegangen ist. Jedoch konnten die Gewinne immerhin behauptet werden. Dabei ist nicht zu verkennen, dass über die Rationalisierung ein grosser Teil der Krisenlasten auf die Belegschaft abgewälzt wurde, wenn man auch, wie in den Abschlüssen betont wird, gerade bei den Arbeiterentlassungen im neuen Jahr "sich auf das notwendigste Mass beschränkte", um das "schwerwiegende Arbeitslosenproblem nicht noch weiter zu verschärfen".

Bei der Recklinghausen hat sich die Kohlenförderung gegenüber dem Jahre 1929 von 5,376 Millionen Tonnen auf 4,780 Millionen Tonnen gesenkt; das sind 11,08 Prozent. Bei der Hibernia ist eine Senkung der Förderung um 8,87 Prozent, von 5,581 Millionen Tonnen auf 5,086 Millionen Tonnen festzustellen. Dabei sind die Halden angewachsen. Bei der Hibernia verringerte sich die Durchschnittszahl der arbeitenden Belegschaft im Berichtsjahr von 13711 Köpfen auf 11888.

Die Verringerung beträgt 13,30 Prozent. Bei der Bergwerksgesellschaft Recklinghausen verringerte sich die Durchschnittszahl der arbeitenden Belegschaft um 14,54 Prozent und zwar von 14 481 und 12 376. Die Zahlen geben eine Vorstellung von dem scharfen Belegschaftsabbau im Ruhrbezirk. Die Lasten, die die Belegschaft neben dem Lohnabbau zu tragen hat, treten besonders krass hervor, wenn man die ingelegten Feierschichten berücksichtigt. Auf der anderen Seite läuft eine Steigerung der Leistung pro Kopf, die z.B. bei der Bergwerksgesellschaft Recklinghausen dahin geführt hat, dass die durchschnittlich verwertbare Förderung je Arbeitstag unter Berücksichtigung der Feierschichten sich von 16 988 Tonnen im Jahre 1929 auf 17 806 Tonnen im Jahre 1930 steigerte. Gegenüber der Forderung der Gewerkschaften nach einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit auch im Bergbau wird immer von den Unternehmern eingewendet, dass eine solche allgemeine Arbeitszeitverkürzung die Gesteuerungskosten steigern würde. Das Ergebnis bei Recklinghausen beweist aber etwas anderes. Die Produktivkräfte sind im Bergbau derart entwickelt, dass die Steigerung der Gesteuerungskosten aus einer Arbeitszeitverkürzung in ganz kurzer Zeit ausgeglichen werden könnte.

Bei der Bergwerksgesellschaft Recklinghausen verringerte sich der Betriebsgewinn von 12,74 Millionen Mark im Jahre 1929 auf 11,84 Millionen Mark. Der Reingewinn wird mit 2,909 Millionen Mark ausgewiesen gegenüber 4,515 Millionen Mark im Vorjahr. Die Dividende wird von 6 auf 4 Prozent herabgesetzt. Bei der Hibernia machte der Betriebsgewinn 5,516 Millionen Mark aus gegenüber 8,378 Millionen Mark im Vorjahr. Die Hibernia musste aber, schon in Rücksicht auf die neuen Stickstoffwerke auf ihrer Zeche Shamrock, dieses Mal grössere Summen abschreiben. So kommt es, dass die Hibernia für 1930 einen Verlust von 472 000 Mark aufweist, der vorgetragen wird.

Gewinn- und Verlustrechnung geben immerhin Anhaltspunkte dafür, dass sich im Jahre 1930 die Rentabilität des Kohlenbergbaus gebessert hat, was ohne Zweifel darauf zurückzuführen ist, dass der Lohnanteil an der geförderten Tonne Kohle sank und weiter sinkt.

Eines Kommentars bedürfen bei beiden Gesellschaften die Belegschaftsverhältnisse. Die Recklinghausen weist darauf hin, dass die Zahl der tödlichen Unglücke durch Betriebsunfälle zurückgegangen ist. Sie machte 0,16 Prozent der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter und technischen Beamten = 20 Fälle aus gegenüber 50 = 0,26 Prozent im Jahre 1913. Ohne Zweifel sind die tödlichen Unglücksfälle prozentual und absolut gegenüber dem Jahre 1913 zurückgegangen, worin der Kampf der Gewerkschaften um bessere Arbeitsbedingungen und grösseren Unfallschutz zum Ausdruck kommt. Jedoch betrug der Satz 0,16 % im Jahre 1930 gegen 0,10 % im Jahre 1929, 0,14 % im Jahre 1928 und 0,12 % im Jahre 1926. Die Steigerung beweist doch wohl, dass die grössere Antreiberei im Bergbau, wie sie wieder eingerissen ist, die Unglücksgefahr erhöht. Auch bei der Hibernia ist die Zahl der tödlichen Unglücksfälle von 0,16 Prozent im Jahre 1929 und 0,12 Prozent im Jahre 1928 auf 0,19 Prozent gestiegen.

Die Hibernia berichtet, dass der Gesundheitszustand der Arbeiter im allgemeinen gut war. Im Durchschnitt des Jahres 1930 haben 5 Prozent der Belegschaft krank gefeiert gegen 6 Prozent im Vorjahr. Eine ähnliche Feststellung trifft die Bergwerksgesellschaft Recklinghausen. Danach ist auf beiden Kohzernen weniger krank gefeiert worden. Wir glauben aber kaum, dass das Klima in Westfalen binnen Jahren ist besser und glauben auch kaum, dass die Arbeit in Kohlenflöz gesünder geworden ist. Wir sind aber überzeugt, dass sich das Risiko des Arbeitsmarktes derart gesteigert hat und dass der Bergmann durch Einlegung von Feierschichten so viel feiern muss, wenn er gesund ist, dass er es garnicht mehr zu feiern wagt, wenn Krankheit ihn trifft.

Weiter geringe Umsätze.

(Berliner Getreidebörse vom 11. Juni)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse war am Donnerstag etwas freundlicher, jedoch hielt sich die Umsatztätigkeit weiter in engen Grenzen. Roggen konnte sowohl im Verkehr mit prompter Ware als auch am Lieferungsmarkt seinen Preisstand etwas verbessern, da das Angebot weiter knapp blieb. Weizen war zwar auch nur in geringen Mengen angeboten, blieb für neue Ernte aber vernachlässigt und hatte daher für spätere Sichten leichte Preiseinbussen. Prompter Weizen blieb dagegen behauptet. Am Mehlmarkt herrschte ruhiges Konsumgeschäft bei unveränderten Preisen. Hafer war ausreichend angeboten und hatte bei gebesserter Nachfrage stetige Tendenz.

	<u>10. Juni</u>	<u>11. Juni</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	271 - 273	270 - 272
Roggen	195 - 197	195 - 197
Futter- und Industrieroggen	210 - 226	205 - 222
Hafer	180 $\frac{1}{2}$ -185 $\frac{1}{2}$	180 $\frac{1}{2}$ -185 $\frac{1}{2}$
Weizenmehl	32,50-37,75	32,50-37,75
Roggenmehl	26,30-28,10	26,30-28,00
Weizenkleie	14,50-14,70	14,30-14,60
Roggenkleie	13,40-13,65	13,25-13,55

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 283-282 (Vortag 284) September 241-240 Brief (241 $\frac{1}{2}$), Oktober 242-240 $\frac{1}{2}$ Brief (243). Roggen Juli 197 $\frac{1}{2}$ -197 (196 $\frac{1}{2}$), September 188 (187), Oktober 188 Geld (188). Hafer Juli 189-187 $\frac{1}{2}$ (187), September 164 $\frac{1}{2}$ -164 Brief (164), Oktober 163 $\frac{1}{2}$ (164 $\frac{1}{2}$).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission vom 11. Juni: Deutsche Eier: Trinkeier über 65 gr 9,50 über 60 gr 8,50, über 53 gr 7,25, über 48 gr 6, aussortierte, kleine und Schmutzeier 5,-. Auslandseier: Dänen 18er 10, 17er 9,25, Estländer 15 $\frac{1}{2}$ -16er 7,75, Holländer 68 gr 10, 60-62 gr 8,50-8,75, 57-58 gr 7,75-8,25 Belgier 68 gr 10, 60-62 gr 8,25-8,75, Rumänen 6,25-6,50. Russen grosse 6,50 normale 6-6,25, abweichende 5,25-5,75, kleine, Mittel- und Schmutzeier 4,75-5. Die Preise verstehen sich in Reichspfennig je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbezieher und Eiergrosshändler ab Wagen oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: Regen, Tendenz: Fester.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 11. Juni: Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. 121 Mark, II. 111, abfallende Sorten 97. Tendenz: ruhig.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 43

Berlin, den 11. Juni 1931

Geht's Dich nicht auch an?^X

SPD. Immer düsterer werden die Aussichten für die Zukunft weitester Volkskreise. Ist es denkbar, dass nicht auch Du davon berührt wirst, Du zweite Frau?

Hast Du nicht einen Kriegsbeschädigten in Deiner Familie, als Gatten, als Sohn, als Bruder oder Vater? Allen Kriegsbeschädigten sollen durch die neue Notverordnung ihre Renten genommen oder doch gekürzt werden. Triffst's Dich nicht? Oder bist Du vielleicht Beamtenfrau oder =witwe? Gerade die kleinen Gehälter, die kaum ein bescheidenes Leben ermöglichen, werden schwer betroffen von der Notverordnung. Zu der bisher durchgeführten Gehaltskürzung tritt eine neue, ausserdem noch die sogenannte Krisenlohnsteuer. (Bei einem Monatseinkommen bis zu 300 Mark beträgt sie ein Prozent). Die Hälfte der Kinderzulage für das erste Kind fällt künftig fort.

Ist Dein Mann oder bist Du selbst privater Lohn- oder Gehaltsempfänger, so trifft auch Dich neben der Einkommensteuer die Krisensteuer. Und das sollte Dich nichts angehen? Gehörst Du oder Dein Mann oder jemand aus Deiner Familie zu den Krisenunterstützten, so musst Du Dich gefasst machen auf eine Senkung der Sätze um 5 Prozent. Gehörst Du oder jemand Deiner Familie zu den Landarbeitern oder den jugendlichen Arbeitern unter 21 Jahren, so musst Du gefasst sein, dass Ihr aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschaltet werdet.

Die erste Notverordnung wurde schmackhaft gemacht durch die Ankündigung von Preissenkungen. Hast Du etwas davon gemerkt, zweite Frau? Einige Lebensmittel und Bedarfsartikel sind wohl im Preise herabgegangen. Nicht herabgegangen aber sind die Preise für die Wohnungsmieten, für Gas, für Elektrizität, für städtischen Gaskoks u.a. Vieles ist sogar teurer geworden, z.B. das wichtigste Nahrungsmittel, das Brot. Geht Dich das alles nichts an, zweite Frau? Weiss Du auch nichts davon, dass nur durch den Einspruch der sozialdemokratischen Partei der Brotpreis wieder herabgesetzt wurde? Dass es nur ihrem Einfluss zu danken ist, dass die Wohnungszwangswirtschaft heute noch besteht, wenigstens für die kleinen Wohnungen. Wäre sie aufgehoben, so würden gerade da diese Mietpreise hinaufschnellen, denn je knapper das Einkommen weiter Volkskreise ist, umso grösser ist die Nachfrage nach kleinen Wohnungen. Feststehende Ausgaben, Miete, Versicherungen, Steuern, Heizung, Beleuchtung bleiben auch nach der Notverordnung bestehen in gleicher oder noch gesteigerter Höhe. Ihre Herabminderung wird nun erst recht zu einer schwer zu lösenden Aufgabe. Wer wird noch sparen können für sein Alter, für Krankheitsfälle? Alles, was Du bisher für Kulturzwecke ausgeben konntest, für Volkshochschule, Volksbühne, für bessere Schul- und Berufsausbildung Deiner Kinder, wirst Du aufgeben müssen, zweite Frau. Ist Dir das alles ganz gleichgültig?

Du sagst, dass Dir an Deiner politischen Gleichberechtigung nichts liegt, zweite Frau, dass Du überhaupt nichts von Politik verstehst und wissen willst. Nun, diese neue Notverordnung ist auch eine politische Frage. Die geht Dich wohl doch gewiss viel an. Sie greift tief einschneidend in Dein Leben, in das Leben Deiner Angehörigen ein. Vielleicht erhoffst Du immer noch das Heil von den Nationalsozialisten. Bedenke, dass sie nichts von Frauenrechten wissen, dass sie den Frauen nur Pflichten auferlegen wollen. Ist es möglich, dass Du zu all den schweren Pflichten, die heute schon auf Dir lasten, noch neue

übernehmen willst? Die Nationalsozialisten wollen auch zu neuen Kriegen hetzen. Weisst Du nicht, zweite Frau, dass der grösste Teil alles Elends, das auf Dir lastet, eine Folge des verlorenen Krieges ist? Willst Du wirklich einen zweiten, vielleicht noch furchtbareren Krieg erleben?

Wenn Du das alles nicht willst, dann besinne Dich darauf, dass es eine Partei in Deutschland gibt, die sich für alle einsetzt, die das Recht auf Arbeit und Leben fordern! Eine Partei, die kämpft gegen Brotwucher und Mietwucher, gegen ungerechte Steuerbelastung durch Schonung der kleinen Einkommen, die sich dafür einsetzt, dass gesorgt wird für die Kriegsoffer und Arbeitsinvaliden, für die Arbeitslosen, die Alten, für Mutter- und Kinderschutz! Eine Partei, die sich mit allen Kräften einsetzt für den Kampf gegen Kriegshetze, gegen neues Völkermorden. Kennst Du diese Partei nicht, zweite Frau? Gehe hin zu ihr! Hilf ihr durch Deinen Beitritt, Deinen Stimmzettel, Deine Mitarbeit, dass sie die Macht bekommt, die sie braucht, um ihre hohen Ziele zu verwirklichen!

Es ist die sozialdemokratische Partei, die Dich ruft, zweite Frau. Lass sie nicht vergeblich rufen! Sie braucht Deine Hilfe. Mehr aber noch brauchst Du ihre Hilfe im Kampf um eine bessere Zukunft für Dich und Deine Kinder.

Anna Bloss.

Die Kartenlegerin.^x

SPD. Sie wohnte in einer der grauen Mietskasernen im Norden der Stadt. Ihr Alter war schwer zu bestimmen. Mit ihren grauen Haaren sah sie in der Stube, in der immer Halbdunkel herrschte, wie eine Sechzigjährige aus, während die helle, sprunghafte Stimme diese Annahme sofort zu widerlegen schien.

Es war ein eifriges Gehen auf der Treppe und in ihrer Wohnung. Ihr Gewerbe hatte regen Zuspruch, ohne Reklame, nur durch Weiterempfehlung von Mund zu Mund, in den Sälen der Fabriken, in den Büros, an den Strassenecken, in den Geschäften, überall, wo arme, gehetzte Proletarierhirne noch nicht erkannt hatten, dass die Zukunft nur im Menschen selbst liegt, und versuchen wollten, mit mystisch verschwommener Orakelbefragung das Kommende, Bevorstehende zu ergründen. "Gehen Sie zur Möbius!" flüsterten die Frauen und Mädchen sich heimlich zu. "Die Möbius legt Ihnen die Karten wie keine andere. Jedes Wort trifft ein!"

Sie hauste, eine moderne Pythia, in ihren beiden Stuben, die sie nur zu den notwendigsten Besorgungen verliess. Am frühen Nachmittage begann das Kommen und Gehen in ihrer Wohnung. Manchmal sassen drei, vier Frauen zu gleicher Zeit in der einen Stube und warteten, während sie im Nebenzimmer eine Besucherin abfertigte. Männer kamen selten; nur von Zeit zu Zeit drückte sich ein niedergeschlagener Mann in die Stube, wartete mit scheuen, unsicheren Augen, bis er an der Reihe war, und schlich sich nachher wieder befangen davon. Arbeitslose, die nach langem, untätigem Warten auf den Nachweisen in ihrer Not und Verzweiflung nach der letzten Hoffnung griffen, die Karten befragen liessen, ob sie bald wieder auf Arbeit und Brot rechnen durften.

Die Kartenlegerin forderte kein Honorar, Forderungen zu stellen verbot das Gesetz. Sie antwortete auf dahingehende Fragen nur: "Nach Belieben" - und strich mit gleichmütiger Miene und ohne ein Wort des Dankes die Mark ein, die ihr die Besucherin nach einem stillschweigenden Brauch auf den Tisch legte. -

Eine junge Frau sass vor dem Tisch, an dessen anderer Seite die Kartenlegerin Platz genommen hatte. Die Augen der Möbius glitten forschend über die vor ihr Sitzende, die verlegen und unsicher nach unten sah. "Sie sind zum ersten Male bei mir?" fragte sie.

"Jawohl, wir sind erst vor kurzem hierher gezogen."

Die Fragerin nickte. "Zeigen Sie mir mal Ihre Hand!" Ihre Augen glitten suchend über die Hände bis zu den Armen hinauf. Es war vieles, was sich dem geübten Blick da verriet; die Fingernägel zeigten noch Spuren einstiger Gepflegtheit, doch waren sie jetzt nicht mehr so sorgfältig beschnitten und gefeilt. Die Fingerspitzen waren zerstoßen, wie bei Menschen, die viel mit der Hand nählen. Um den Arm lagen zwei goldene Armbänder, ein stärkeres und ein dünnes, sogenanntes Freundschaftskettchen.

Die Kartenlegerin sah wieder die Besucherin an. "Sie sind in anderen Umständen?" - Die Frau nickte. - "In welchem Monat?"

"Im sechsten".

"Mischen Sie die Karten und denken Sie an das, was Sie wissen wollen!" Sie reichte ihr ein Spiel Karten hin. Schweigend sah sie zu, wie die junge Frau die Blätter mit unsicheren Händen ineinander schob. "Heben Sie ab!"

Langsam zog sie eine Karte nach der anderen herunter und verteilte sie auf den Tisch. Dann betrachtete sie nachdenklich die bunten Blätter.

"Es ging Ihnen früher besser - jetzt liegt ein Kreuz über Ihrem Leben. Ihr Mann hat seine Stellung verloren" - ein flüchtiger, aber aufmerksamer Blick streifte die Besucherin, die, ohne es zu wissen, genickt hatte. "Er hatte ein gutes Einkommen, aber schon seit längerer Zeit ist er ausser Stellung. Sie arbeiten jetzt, nählen, aber Sie verdienen nicht viel - - -"

"Wird mein Mann bald wieder eine Stellung bekommen?" unterbrach die Besucherin sie. Eine bange Gespanntheit klang aus ihrer Stimme.

"Vorläufig nicht - doch, halt, ich sehe hier eine Möglichkeit" - sie verglich die Karten-, "aber nein, die geht wieder vorüber; die Karten liegen nicht günstig. Ein Blonder steht Ihrem Mann im Wege... Sie haben Geld zu erwarten. Aber bis dahin dauert es noch einige Zeit; man kann aus den Karten den Zeitpunkt noch nicht genau feststellen."

Sie verteilte die Karten anders über den Tisch, nahm dort ab und legte da zu. Dann fuhr sie fort: "Die Karten zeigen ein Kind. Sie werden ein Mädchen bekommen, aber hier schräg liegt der Pik-Pube - - "

Erschreckt fuhr die junge Frau zusammen: "Das bedeutet doch Sterben - -?"

Die Kartenlegerin schüttelte den Kopf. "Nein, zum Sterben liegt er nicht. Aber Sie werden eine schwere Geburt haben" - sie verglich die Karten, murmelte vor sich hin: Das liegt hier im Weg, daneben die Traumkarte, Stahl und Eisen - - sie fuhr zu der Besucherin, die sie angstvoll anstarrte, fort: "Es wird eine Zangengeburt oder ein Kaiserschnitt sein; die Karten zeigen Metall, das sind die Instrumente, und der Traum wird die Narkose bedeuten!" Sie fügte noch ein paar allgemeine Bemerkungen hinzu. Dann stand sie auf: "Mehr ist heute nicht zu sagen. Vielleicht kommen Sie später noch einmal wieder!"

Schweigend legte die junge Frau ein Markstück auf den Tisch und verliess mit einem leisen "Guten Tag" das Zimmer. - -

Erich Winkelmann sah seine Frau nachdenklich an. "Was hast Du denn, Annie? Du bist ja heute so sonderbar?"

Die Gefragte wehrte hastig ab. "Nein, nein, Erich, das kommt Dir bloss so vor". Dann nähte sie eifrig weiter. Als sie Abends im Bette lag, warf sie sich unruhig hin und her. Ein paarmal schluchzte sie leise auf, bis ihr Mann, der noch am Tische sass, darauf aufmerksam wurde. Er setzte sich zu ihr auf den Bettrand "Nun sag mir mal, Annie, was Dich bedrückt", fragte er leide die junge Frau. Als sie wieder Ausflüchte zu machen versuchte, nahm er ihr Gesicht in seine Hände: "Aber Annie, Du bist doch bis jetzt immer ehrlich gegen mich gewesen"

Da erzählte sie ihm unter Tränen, was die Kartenlegerin zu ihr gesagt hatte. Er schüttelte erschrocken den Kopf. "Aber Annie, wie konntest Du da hingehen? Musst Du Dir denn nicht selbst sagen, dass kein Mensch das Kommende vorhersagen kann? Und nun hast Du Angst?" Sie nickte. Er streichelte ihr beruhigend das Gesicht. "Nicht bange sein! Morgen gehen wir zum Arzt, und Du lässt Dich untersuchen. Dann weisst Du, woran Du bist!"

Der Arzt lachte. "Kleine Frau, es ist alles in bester Ordnung bei Ihnen."

Nur keine unnütze Angst haben! Aber" - er wurde ernst - "den Weibern mit ihrem verdamnten Kartenlegen sollte man bald mal das Handwerk legen. Wieviel Unheil ist dadurch schon angerichtet worden, besonders bei sensiblen und furchtsamen Menschen!"

Eine leichte Unruhe blieb aber doch in Annie Winkelmann zurück, bis endlich die Entbindung die letzten Schatten verlöschte. Sie verlief glatt und schnell. Es war ein Junge. Als alles vorbei war, trat der glückliche Vater an das Bett seiner Frau. In den Händen hielt er das kleine, quäkende Bündel Leben "Was sagst Du nun, Annie? Wenn Du erst wieder auf bist, dann nimmst Du den Jungen und gehst mit ihm hin zu der alten Hexe. Dann kannst Du ihr zeigen, wie ihr Prophezeiungen eintreffen!"

Sie lächelte mit frohen Augen zurück. "Nein, Erich, davon bin ich kuriert. Nie wieder gehe ich zur Kartenlegerin. Kein Mensch weiss, wie alles kommt. Durch solche falschen Voraussagen verliert man nur den Mut. Und den brauchen wir in diesen Zeiten nötig genug - aber zu anderen Dingen!"

Walter Schirmeier.

Das neue Porzellan.^x

SPD. Auf allen Gebieten des Haushalts sind wir heute bestrebt, den Grundsatz der Einfachheit, der klaren Linie, der Zweckmässigkeit anzuwenden. Nicht allein die allgemeine Notzeit, die Folgen des Krieges und der Weltwirtschaftskrise zwingen die deutsche Hausfrau zu äusserster Sparsamkeit und Vereinfachung. Es ist vielmehr auch ein neues Lebensgefühl, eine neue Einstellung zu den Dingen, die sich darin kundgibt. Zweckmässigkeit, Handlichkeit der Gegenstände, des Geschirrs, Ablehnung des Schnörkels, der Staubfänger, des unwahren Kitsches, dafür aber ruhige, einfache Linien, ein neuer Stil, der Zweckmässigkeit mit Aesthetik verbindet: Das ist das Programm für den Haushalt des 20. Jahrhunderts.

Überall prägt sich dieses neue Lebensgefühl aus. Die Tasse, die wir zum Frühstück zum Munde führen, der Teller, die Schüssel des Mittagmahles, die Kaffeekanne, die Zuckerdose, der Kuchenteller für den Kaffeetisch - alles das hat ein anderes Aussehen als in der Zeit vor 100 Jahren. Schlicht, fast nüchtern sieht das Porzellan aus, denn immer mehr verschwindet die "Bemalung", die bei der Massenfabrikation meist aus Abziehbildern besteht. Nur die allerwenigsten Menschen können sich heute wirklich bemaltes, d.h. handgemaltes Porzellan leisten. Aber immer mehr kommt man davon ab, diese Tatsache zu vertuschen, den Schein zu wahren, indem man schlechten, billigen Ersatz dafür kauft. Immer stärker legt man vielmehr die Betonung auf schlichte Wahrhaftigkeit. So zeigen die neuen Entwürfe und Muster für Porzellan meist einfache weisse Tassen und Teller, schlichte Platten und Dosen. Keine Rillen, in denen sich Schmutz und Bakterien festsetzen können, keine winzigen Ausgussöffnungen der Kannen mehr, die sich weder mit der dünnen Bürste, noch mit einem Tuche reinigen liessen. Standfest sind Schalen und Tassen, Kannen und Vasen geworden. Nicht mehr wie früher bedarf es nur einer kleinen Berührung oder eines unvorsichtigen Ziehens am Tischtuch, damit die Blumenvase in Trümmer geht oder die Kaffeekanne ihren Inhalt über den Zunächstsitzenden ergiesst. Sondern das Porzellan ist so geformt, dass es breit, oft fast behäbig, auf seiner Standfläche ruht.

Da sind zum Beispiel glatte Vasen in Zylinderform. Nichts ist einfacher, als sie zu reinigen, denn nirgends ist eine Verengung, in der sich Blumenreste oder Schmutz festsetzen können. Mit diesen und ähnlichen Vasen lässt sich wirklich Blumenpflege treiben, ohne dass man viel Zeit darauf verwendet. Ein paar lose Stengel von Garten- oder Feldblumen in zwangloser Anordnung in frischem Wasser, eine tägliche, rasche Reinigung, wenn sich auf dem Boden Fasern oder

Schmutzteile absondern - das erfordert höchstens eine Minute; das Wasser ist rasch erneuert, und damit ist die tagliche Blumenpflege schon beendet. Und wie rasch sind Teller und Tassen, Schalen und Platten gespült! Die glatte Linie lässt sich mit einem einmaligen Ueberspülen reinigen, und wozu früher Sorgsamkeit und Geduld notwendig waren, nämlich um in die geschnörkelten Henkel und Ausgussöffnungen hineinzukommen, das erledigt die Hausfrau heute mit einer einzigen Bewegung an der glatten Linie entlang. Sie muss auch nicht mehr wie einst sorgenvoll und enttäuscht feststellen, dass die Rosen auf den Tassen, die Goldränder und die Schnörkel immer mehr verblassen und schliesslich verschwinden, wie ein nicht festzuhaltendes Phantom - sondern weiss und unverändert, schimmernd in seinem natürlichen Glanze, schlicht und einfach steht das Geschirr vor ihr.

Viele Jahrhunderte haben an ihm geformt und gearbeitet; ungezählte Menschen haben ihre beste Kraft, ihre Erfindergabe, ihren Fleiss und ihre Geschicklichkeit dafür eingesetzt. Chinesische und japanische Künstler betrachteten es als ihren Lebensinhalt, Kunst und Zweckmässigkeit bei der Verarbeitung so ineinanderfliessen zu lassen, dass ein hoher Grad der Vollkommenheit erreicht wurde. Zartheit, Glanz, Phantasie reichum liehen dem Porzellan des Ostens ihre Kräfte. Handelsschiffe brachten es nach dem Westen, nach Europa. Frankreich und Italien wetteiferten in seiner Erzeugung und Verarbeitung. In Dresden wurde das Kaolin entdeckt, durch das echtes Porzellan hergestellt werden konnte, und wie ein Heiligtum wurde die Entdeckung auf der Albrechtsburg in Meissen gehütet. Aber das Geheimnis wurde verraten, und wie ein Raubsergriff es die Künstler des 18. Jahrhunderts. Ueberall, in allen Ländern Europas, entstanden Porzellanfabriken. Ueberall wurden neue Entwürfe, neue Modelle, neue Arten der Erzeugung und Verarbeitung geschaffen. Tausende von Menschen fanden damit ihr Brot, Tausenden gab das Porzellan den Rohstoff, an dem ihre Phantasie, ihr Künstlertum sich entzündeten. Tausende endlich nahmen das Porzellan entgegen, freudig, dankbar und voll Bewunderung.

Was einst Luxus war, das ist heute, in einer Zeit der Massenfabrikation, der Technik, Gebrauchsgegenstand geworden. Aber unverändert sind die Schönheit, der Glanz und die Zartheit auch im einfachsten und schlichtesten Porzellan gefäss geblieben. Die Arbeit von Jahrhunderten, die Liebe und Bewunderung von Generationen, unmessbare Kräfte des Willens und der Seele sind in ihm vereinigt.

E.M.

Mehr Selbstbewusstsein!^X

SPD. Wenn man zu Frau Kleber kommt, dann hat sie immer andere Ausreden, um nicht in die Sozialdemokratische Partei einzutreten: "Mein Mann ist ja schon drin; ich tu ja doch das, was mein Mann tut"; usw. Frau Kleber lebt halt noch im vorigen Jahrhundert, in dem selbst sehr kluge Männer sich die Frau nur als abhängiges Wesen vorstellen konnten. Als vor fünfzig Jahren die ersten weiblichen Studenten auf den Universitäten erschienen, da rief ein Professor erschrocken aus: "Die Butter fällt vom Brote, und der Glaube an das Schöne wird vernichtet, wenn weibliche Studenten die Strassen der Universitätsstadt unsicher machen". Wie vielen Spiessbürgern in Deutschland ist erst die Butter vom Brote gefallen, als die sozialdemokratischen Volksbeauftragten den Frauen das Wahlrecht gaben! Keine andere Partei hätte den Frauen freiwillig diese Rechte gegeben. Nur die Sozialdemokratie war grundsätzlich für die Gleichberechtigung der Frau, und schon ihr grosser Führer August Bebel hat diesem Gedanken in seinem Buche "Die Frau und der Sozialismus" vollendeten Ausdruck gegeben. Freilich sind auch heute die deutschen Spiessbürger mit der Zipfelmütze noch nicht ausgestorben. Die jungen Spiesser haben sich vor allem in der National-

sozialistischen Partei zusammengefunden, für die die Frau nur schön zu sein und Kinder zu gebären hat.

Sehen Sie, Frau Kleber, die Frau, die noch liebend zum Manne aufgeblickt hat, gehört in das vorige Jahrhundert. Natürlich dürfen Sie Ihren Mann lieb haben, aber dabei sollen Sie daran denken, dass Sie auch ein Mensch sind, ein selbständiger Mensch mit eigenem Denken und Fühlen. Auch in der Politik sollen Sie nicht darauf warten, dass Ihnen Ihr Mann den Stimmzettel in die Hand drückt und sagt: "Das musst Du wählen!" Sie sind der gleichberechtigte Kamerad Ihres Mannes, und Sie müssen ebenso wie er wissen und verstehen, warum Sie etwas tun, und nicht darauf warten, dass es Ihnen Ihr Mann befiehlt. Haben Sie mehr Selbstbewusstsein, Frau Kleber! Sie müssen selbst wissen, wohin Sie gehören, müssen sich mit allen Frauen gemeinsam in der Sozialdemokratischen Partei organisieren und sich nicht hinter Ihrem Manne verstecken. Es gibt auch oftmals Dinge, vor denen die Männer versagen, und wenn Sie dann nicht selbst da sind, dann rollen die Ereignisse über Sie hinweg, und Sie können nichts weiter tun als zuzusehen, ohnmächtig dabei zu stehen und zu - weinen. Denken Sie nur an den Weltkrieg! Wie hilflos waren da die Frauen! Untätig mussten sie zusehen, wie die Männer wie eine Herde Vieh abgetrieben wurden und über den Frauen und ihren Kindern das Elend zusammenschlug und sie vier Jahre darin verharren mussten - und nur deshalb, weil wir Frauen weinten, anstatt zu handeln! Das darf sich nicht zum zweitenmal ereignen!

Deshalb, Frau Kleber, wenden wir Sozialdemokratinnen uns auch an Sie mit unserm Rufe: Wo bleibt die zweite Frau?

Mein Leben.^x

Mein Leben verrinnt wie ein Bächlein im Sand,
Und niemand hört seine Wellen.
Fern fliegen die Schwalben, fern grüsst das Land,
Wo die Hoffnung schlägt mit den Schellen,

Wo die Freude tanzt und die Liebe singt
Und küsst unter rauschenden Linden.
Ich kenn' nur das Leid, und mein Leben verklingt
Wie Fragen, die Antwort nicht finden.

Mein Herzschlag bebt wie die Uhr an der Wand.
Die Zeiger gleiten und gleiten.
Ich seh' mich im weissen Totengewand
Ueber die Brücken schreiten...

Kurt Rudolf Neubert.

SPD. Uebertriebene Galanterie.^x Ein Photograph im fünfzehnten Stadtbezirk von Paris beschloss, durch eine besondere Reklame die Aufmerksamkeit der Passanten auf sein Geschäft zu lenken. Deshalb hat er ein Plakat im Schaufenster aufgehängt, auf dem zu lesen steht: "Unsre Passbilder für Damen werden natürlich retuschiert. Aehnlichkeit ist aber trotzdem verbürgt!"

Trotzdem... ist gut!

Preussischer Landtag

242. Sitzung. -

SPD. **Berlin**, den 11. Juni 1931

Der Preussische Landtag befasst sich am Donnerstag zunächst mit dem kommunistischen Misstrauensvotum gegen das Staatsministerium, das begründet wird mit der Mitwirkung der preussischen Regierung an dem Zustandekommen der Notverordnung des Reichspräsidenten. Mit der Beratung verbunden ist ein weiterer kommunistischer Antrag, wonach das Staatsministerium beauftragt werden soll, seine Vertreter im Reichsrat anzuweisen, die Aufhebung der Notverordnung zu fordern.

Auf der Regierungsbank hat Ministerpräsident Braun Platz genommen.

Abg. Kasper (Komm.) begründet die Anträge seiner Fraktion. Er erklärt, die Brüning-Regierung wolle mit der Notverordnung ihre verbrecherische Politik fortsetzen, bei der sie von der preussischen Regierung unterstützt werde. (Präs. Bartels rügt diese Ausdrucksweise). Die Notverordnung mit ihren drakonischen Massnahmen sei verursacht durch die Schwierigkeiten, in denen sich das kapitalistische Wirtschafts- und Staatssystem befinde. Als im weiteren Verlauf der Ausführungen ein deutschnationaler Abgeordneter einen Zwischenruf macht, ruft der Redner diesem Abgeordneten zu: "Sie können eine Ohrfeige bekommen, Sie unverschämter Kapitalistenknecht!" Er wird dafür zur Ordnung gerufen. Die historische Aufgabe der Arbeiterschaft, so erklärt der Redner weiter, sei es, durch revolutionäre Massnahmen den Sturz des kapitalistischen Systems herbeizuführen. (Händeklatschen b.d. Komm.)

Ministerpräsident Braun,

der hierauf das Wort ergreift, wird von den Kommunisten mit stürmischen Rufen "Nieder mit der Regierung!" empfangen. Infolge des Lärms der Kommunisten kann sich der Ministerpräsident zunächst nicht verständlich machen. Präsident Bartels droht mit äussersten Geschäftsordnungsmassnahmen. Der Ministerpräsident erklärt, die Kommunisten machen in ihrem Antrag die preussische Staatsregierung für Massnahmen der Reichsregierung verantwortlich. Die preussische Regierung hat nicht an dem Zustandekommen der Notverordnung mitgewirkt.

Bei diesen Worten erhebt sich bei den Kommunisten ein ungeheurer Lärm! Sie machen dem Ministerpräsidenten fortgesetzt beleidigende Zurufe. Frau Ludewig (Komm.) wird von der weiteren Teilnahme an der Sitzung ausgeschlossen, weil sie dem Ministerpräsidenten Lügen vorwirft. Die Massnahme des Präsidenten hat stürmische Protestkundgebungen der Kommunisten zur Folge. Die gemassregelte Abgeordnete verlässt jedoch sofort den Saal.

Ministerpräsident Braun fährt fort: Die preussische Regierung wird bei gegebener Zeit im Reichsrat Änderungen der Notverordnung beantragen. Im übrigen haben die Antragsteller offenbar die Absicht, wegen der Vertagung des Reichstags hier im Landtag eine Art Ersatz-Reichstag zu etablieren. Dabei mitzuwirken lehnt die Staatsregierung ab. (Beif. bei den Reg. Parteien, grosser Lärm b.d. Komm.)

Abg. Kirchmann (Soz.):

Für die Kommunisten ist es längst eine ausgemachte Sache, dass, wer nicht die neuste Moskauer Linie einhält, ein ausgemachter Lump und Verbrecher ist. Wollten die Kommunisten ernst genommen werden, so müssten sie erst aufhören, grob und wild herumzuschimpfen (Lärm bei den Komm.) Der kommunistische Antrag ruht auf dem Taschenspielertrick, die Regierung Brüning mit der Regierung Braun und die Regierung Braun mit der Sozialdemokratischen Partei durcheinander zu mischen. Wenn nun soeben festgestellt worden ist, dass die preussische Regierung die Verantwortung für die 3. Notverordnung nicht trägt, so ist das Misstrauensvotum von vornherein hinfällig. (Lärm bei den Komm.)

In der Notverordnung selbst findet sich die Behauptung, die neue schwere Last sei nach dem Masstab der Leistungsfähigkeit verteilt, und gerade insofern sei sie eine neue Kundgebung der Volksgemeinschaft. Das können wir als wahr nicht anerkennen. Selbst wenn man nur mit den Sätzen der Einkommensteuer vergleicht, ist die Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger durch die neue Notverordnung doppelt und vielfach so hoch wie die Belastung der Selbsteinschätzer. Eine besondere Härte stellt die Beseitigung der Lohnsteuerrückerstattungen dar, eine neue Bedrückung der Arbeitslosen, während zugleich bei den Selbsteinschätzern daran festgehalten wird, dass sie nicht nach einem angenommenen Satz, sondern nur nach dem wirklichen Einkommen herangezogen werden. Auch die Gehaltskürzungen der Beamten scheinen uns in dieser Form nicht verteidigt werden zu können. Wir legen ganz besonderen Wert darauf, dass die Exekutivbeamten in ihrem schweren Dienst und ihrer täglichen Lebensgefahr von neuen Belastungen weitgehendst verschont bleiben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Abzug der Hälfte der Kinderzulage für das erste Kind wird zweifellos zu einer Vergrößerung der Zahl kinderloser Beamten führen. Glaubt wirklich der Reichskanzler Dr. Brüning, dass solche Massnahmen im Sinne seiner eigenen Bevölkerungspolitik liegen? Die Herabsetzung der kriegsbeschädigtenrenten geht weit über das hinaus, was man nach unserer Auffassung mit der finanziellen Notlage begründen könnte. Ist das Gefühl der Dankbarkeit für die, die Blut und Gesundheit dem Vaterland zum Opfer gebracht haben, schon so schwach geworden? (Sehr gut! bei den Soz.) Die Krankenkassen werden durch die neue Notverordnung der Diktatur der Oberversicherungsämter unterstellt, und die Gefahr für ihre Leistungen ist augenscheinlich. Aber das Schlimmste bleibt die Verschlechterung der Arbeitslosenfürsorge, der Wegfall der Unterstützung namentlich für Jugendliche und die allgemeine Senkung der Unterstützungssätze. Dabei gewährt die Notverordnung noch nicht einmal die Sicherheit, dass wir jetzt mit den Massnahmen gegen die Erwerbslosen am Ende angelangt sind. Denn wenn man die Reichsanstalt ganz auf sich selbst anweist, ist garnicht abzusehen, wie weit die Unterstützungssätze noch herabgemindert werden müssen. Wir halten daran fest, dass eine Vereinheitlichung der Krisenfürsorge und der Erwerbslosenwohlfahrtshilfe stattfinden muss. (Sehr wahr)

Uns erscheint auch der Nachweis keineswegs geführt, dass die von der Reichsregierung eingeschlagenen Wege die einzigen waren, auf denen die Finanzsanierung herbeigeführt werden konnte. Uns erscheint es unerträglich, durch die Herabsetzung der Hauszinssteuer gerade jetzt den Hausbesitzern Hunderte von Millionen auf Kosten der Allgemeinheit zu schenken. Wir vermissen die gesetzliche Herabsetzung der hohen Pensionen ebenso wie eine entschlossene Schwenkung in der Zollpolitik und ein scharfes Vorgehen gegen die preistreibenden Wirkungen, insbesondere der Kartelle. Die preussische Regierung hat wiederholt in Steuer- und Zollfragen versucht, die Politik des im Reich regierenden Bürgerblocks in vernünftige Bahnen zu leiten. Wir haben auch den Eindruck, dass die Kommunisten sich dessen bewusst sind und dass sie trotz ihres Misstrauensantrages der preussischen Regierung eigentlich ein grenzenloses Vertrauen entgegenbringen. (Heiterkeit und wütender Lärm bei den Komm.) Wäre es denn sonst denkbar, dass drei kommunistische Landtagsabgeordnete neulich beim preussischen Justizminister vorgesprochen hätten, um die sofortige Begnadigung des rechtsradikalen Bombenlegers Claus Heim durchzusetzen? (Sehr gut! bei den Soz.) Die Kommunisten können doch schliesslich auch Zeitungen lesen. Es kann ihnen nicht entgangen sein, dass die ganze deutschnationale Presse gegen die Notverordnungen Sturm läuft, aber aus gerade den entgegengesetzten Gründen wie sie. So wirft z.B. die "Berliner Börsenzeitung" Herrn Brüning ständiges Zurückweichen vor dem Sozialismus und sozialistisch-konfiskatorische Massnahmen gegen das Eigentum vor. Das scharfmacherische Unternehmertum bietet alles auf, die Krise dazu auszunutzen, Arbeitslosenschutz und Tarifvertragswesen gänzlich zu be-

seitigen. Die "Börsenzeitung" versteigt sich in der Kritik der Notverordnung zu der Gemeinheit, sie zeige aufs neue, dass die Arbeitslosen die Normaldeutschen geworden seien; sie seien die Gesetzgeber und bestimmten, wieviel von seinem Einkommen der arbeitende Deutsche behalten dürfe. Angesichts solcher Tendenzen des Unternehmertums kann kein ehrlicher Arbeitervertreter die Warnung meines Parteifreundes Paul Löbe bestreiten, dass beim Sturze Brüning's die Arbeiterklasse noch viel mehr verlieren könnte als bisher. (Sehr wahr! b.d. Soz.) Es wird Sache unserer Reichstagsfraktion sein zu entscheiden, wie lange sie glaubt, Herrn Brüning halten zu können. Aber wenn die Kapitalisten, wenn Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei die Dinge auf die Spitze treiben, dann sollen sie auch bedenken, was nachher kommen kann und den Bürgerkrieg mit allen seinen Schrecken in die Rechnung einsetzen. Wenn man die Arbeitnehmer völlig aushungern und entrechten will, könnten alle Dämme der Ordnung brechen und die Fluten auch über die sogenannten Wirtschaftsführer hinweggehen. (Sehr gut! bei den Soz.)

Heute aber die preussische Regierung stürzen zu wollen, das heisst augenscheinlich die Geschäfte der Scharfmacher und der Schwerindustrie besorgen. Preussen ist die stärkste Stütze, die Arbeiterrecht und Arbeiterinteressen heute in Deutschland noch haben. Preussen ist der Hort der Demokratie, der stärkste Wall gegen Faschismus und Reaktion. Die kommende Preussenwahl wird darüber entscheiden, ob wir den freien Volksstaat behalten oder in den Wahnsinn faschistischer Blutherrschaft hinabgleiten. Die Antwort des preussischen Volkes wird sein eigenes Schicksal sein. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Ein Antrag der Deutschnationalen auf Herbeirufung des Ministerpräsidenten wird vom Abgeordneten Bugdahn (Soz.) bekämpft und abgelehnt.

Abg. Steinhoff (Dtn.): Die Rede des Abg. Kirchmann liess eigentlich nur den Schluss zu, dass die Sozialdemokratie für Einberufung des Reichstages stimmen wird. (Lachen und Zurufe: Abwarten! bei den Soz.) Bismarck hat uns gelehrt, dass die Aussenpolitik der Innenpolitik vorangehen muss. Deshalb wollen wir nicht Sanierung und dann Revision, sondern erst und alles Revision. Die Bevormundung und Massregelung Deutschlands durch Frankreich wird immer untragbarer. Briand's Genfer Wort: "Ich verbiete" hat Deutschlands Ansehen in der ganzen Welt vernichtet. (Zurufe bei den Soz.: Die alte Hugenberglüge! Briand hat das nie gesagt). Selbst Polen tritt jetzt schon anmassend gegen uns auf. (Zuruf bei den Soz.) Beklagen Sie sich bei Ludendorff, der den Polnischen Staat wieder ins Leben gerufen hat! - Zuruf rechts: Polen hat Herr von Gerlach geschaffen! - Grosse Heiterkeit) Herr Braun hat tatsächlich nichts von dem Inhalt der Notverordnung gewusst. Aber warum? Er wollte nichts wissen, um die Spaltung des Parteitags in Leipzig zu verhindern. (Erneute grosse Heiterkeit bei den Soz.) Trotz verzweifelten Ringens wird die deutsche Wirtschaft durch die neuen Steuern und Soziallasten der Notverordnung erdrückt werden. Kein Reich, am wenigsten das besiegte Deutschland, könnte die Ueberbelastung durch diesen Sozialetat aushalten. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.)

Ein Volk, das durch so weitgehende Sozialfürsorge verwöhnt wird, verliert die Kraft zum Existenzkampf. Die Beamten wären bereit, auf die Hälfte ihres Gehaltes zu verzichten, aber nicht für dieses System. Die nationale Opposition wird im Kampfe gegen Braun und Brüning fest zusammenhalten, und so stimmen wir dem kommunistischen Misstrauensantrag zu. (Beifall rechts, erneutes lautes Lachen links)

Abg. Schmidt-Höpke (W.P.): Der kommunistische Misstrauensantrag ist uns willkommen, die sozialistische Herrschaft in Preussen wirksam zu treffen. Wir begrüßen diesen Antrag als einen Schritt zu unserm alten Ziel, in Preussen eine starke bürgerliche Regierung zu bilden, die dann auch mit der bolschewistischen Propaganda Fraktur reden wird. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Notverordnung ist eine rigorose Schädigung von Gewerbe und Hausbesitz, und wir lehnen sie ab.

Nach einem Schlusswort des Kommunisten Wullenweber schliesst die Besprechung. Die Abstimmung findet am Sonnabend statt.

Es folgt die Beratung des Antrages, aus Staatsmitteln den preussischen Gemeinden weitere 60 Millionen als Zuschuss für die Wohlfahrtserwerbslosen bereitzustellen.

Abg. Szillat (Soz.) bittet im Namen des Hauptausschusses, die Vorlage anzunehmen. Die 60 Millionen seien der Gesamtbetrag dessen, was die Beamtenehaltskürzung dem Preussischen Staat erspare. Freilich müsse das Geld wahrscheinlich im Anleihewege aufgebracht werden, denn allein bei den überwiesenen Reichssteuern habe Preussen mit einem Einnahmeausfall von 132 Millionen zu rechnen.

Abg. Dr. von Waldthausen (Dtn.): Auch mit dieser Summe wird den Gemeinden nicht geholfen sein.

Abg. Schwenk (Komm.): Die Angaben des Berichterstatters zeigen klar, dass auch die brutalsten Diktaturmassnahmen keine Gesundung herbeiführen.

Abg. Rautenberg (Soz.)

Ich habe bereits im Ausschuss betont, dass diese 60 Millionen nur ein Anfang der Hilfe für die Gemeinden sein können. Aber die Kommunisten haben es leicht, statt 60 Millionen 250 Millionen zu beantragen; denn sie zerbrechen sich nicht den Kopf darüber, woher das Geldkommen soll. (Abg. Wullenweber (Komm.): Mit dem Antrag wollen wir ja bloss Euch kitzeln! - Grosse Heiterkeit bei den Soz.) Die Gemeinden müssen jetzt mit einer monatlichen Zunahme von 70 - 80 000 erwerbslosen Wohlfahrtsempfängern rechnen. Es könnte in den Gemeinden noch manches mehr für diese Wohlfahrtserwerbslosen geschehen, wenn nicht die Kommunisten sie im Stiche liessen und alle unsere Steueranträge unbesehen ablehnten. Das Ziel muss eine einheitliche Fürsorge für die Erwerbslosen bleiben. (Bravo! bei den Soz.)

Unter Ablehnung der kommunistischen Anträge wird die Vorlage des Ausschusses angenommen. Auf Vorschlag des Abg. Kloft (Ztr.) wird sie auch in dritter Lesung ohne Debatte en bloc genehmigt.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag 12 Uhr: Kleinere Vorlagen und Ausschussberichte.

Landtags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 11. Juni (Eig. Ber.)

Im preussischen Landtag wurde zu Beginn der Donnerstag=Sitzung über ein kommunistisches Misstrauensvotum gegen das Kabinett Braun debattiert, das komischerweise mit der neuesten Notverordnung Brüning's begründet ist. Ministerpräsident Otto Braun gab die Erklärung ab, dass die preussische Regierung von dem Inhalt der Notverordnung vorher keine Kenntnis gehabt und zu ihr weder positiv noch negativ Stellung genommen hat. Sie werde, soweit sich Härten herausstellten, auf Abänderung der Notverordnungen dringen. Aber sie könne sich nicht dazu hergeben, weil der Reichstag nicht versammelt sei, im Preussischen Landtag Ersatz=Reichstag mitzuspielen.

Damit hätte das famose Misstrauensvotum erledigt sein können. Aber die Rechtsparteien legten Wert darauf, ihr oft bewährte Solidarität mit den Kommunisten zu betonen. Der Deutschnationaler Steinhoff und der Wirtschaftsparteiler Schmidt-Höpke dankten den Kommunisten feierlich für die gute Gelegenheit, den sozialistischen Einfluss in Preussen gänzlich auszuschalten und eine stramme bürgerliche Regierung aufzurichten. Als Ziel der Deutschnationalen offenbarte Steinhoff dabei, die Arbeitslosenunterstützung zu beseitigen und durch eine Zivildienstpflicht zu ersetzen. Auch sonst bekämpften die Rechtsparteien die

Notverordnung wegen angeblicher Ueberlastung des Besitzes mit Steuern und sozialen Pflichten!

Kirchmann (Soz.) trug zahlreiche starke Bedenken gegen den Inhalt der neuen Notverordnung vor. Es beklagte vor allem die weitere Einschränkung der Sozialversicherung, die ungerechte Steuer mehrbelastung der Lohn- und Gehaltsempfänger, die Verschlechterung der Lage der Kriegsbeschädigten und die Art des vorgesehenen Beamtengehaltsabbaus. Nachdrücklich wies er dann darauf hin, dass die scharfmacherischen Unternehmerkreise den breiten Volksmassen noch ganz anders mitäpielen, alle Tarife und die Arbeitslosenversicherung völlig beseitigen wollten. Solche Tendenzen fördere die Sozialdemokratie nicht, sie bekämpfe sie vielmehr mit allem Nachdruck. Während die Kommunisten der Reaktion den Steigbügel halten, damit sie in die preussische Regierung steigen kann, verteidigt die Sozialdemokratie in Preussen den Hort der Arbeiterrechte und der Republik, den letzten festen Schutzwall vor dem Bürgerkrieg.

Die Abstimmung über den Misstrauensantrag findet verfassungsmässig zwei Tage nach Schluss der Debatte, also am Sonnabend, statt.

Im Anschluss an die Debatte über das Misstrauensvotum verabschiedete der Landtag in zweiter und dritter Lesung einen der sozialdemokratischen Initiative entsprungenen Antrag des Hauptausschusses, den Gemeinden aus Staatsanleihemitteln 60 Millionen für die Wohlfahrtserwerbslosen zur Verfügung zu stellen. Das ist der Gesamtbetrag, den der Staat aus der Kürzung der Beamtengehälter gewinnt. Natürlich beantragten die Kommunisten, 250 Millionen zu geben; aber ein Zwischenruf des kommunistischen Abgeordneten Wullenweber gestand offenherzig, dass sie nicht etwa das Geld haben oder wissen, wo her es zu nehmen wäre, sondern dass sie mit diesem Antrag "nur die Sozialdemokratie kitzeln wollen". Natürlich wurde der Antrag abgelehnt. Die 60 Millionen wurden auch in dritter Lesung bewilligt.

Den Freitag wird der Landtag mit kleineren Vorlagen ausfüllen. Am Sonnabend wird er mit der Schlussabstimmung über den Kirchenvertrag und das Misstrauensvotum seine Junitagung beenden.